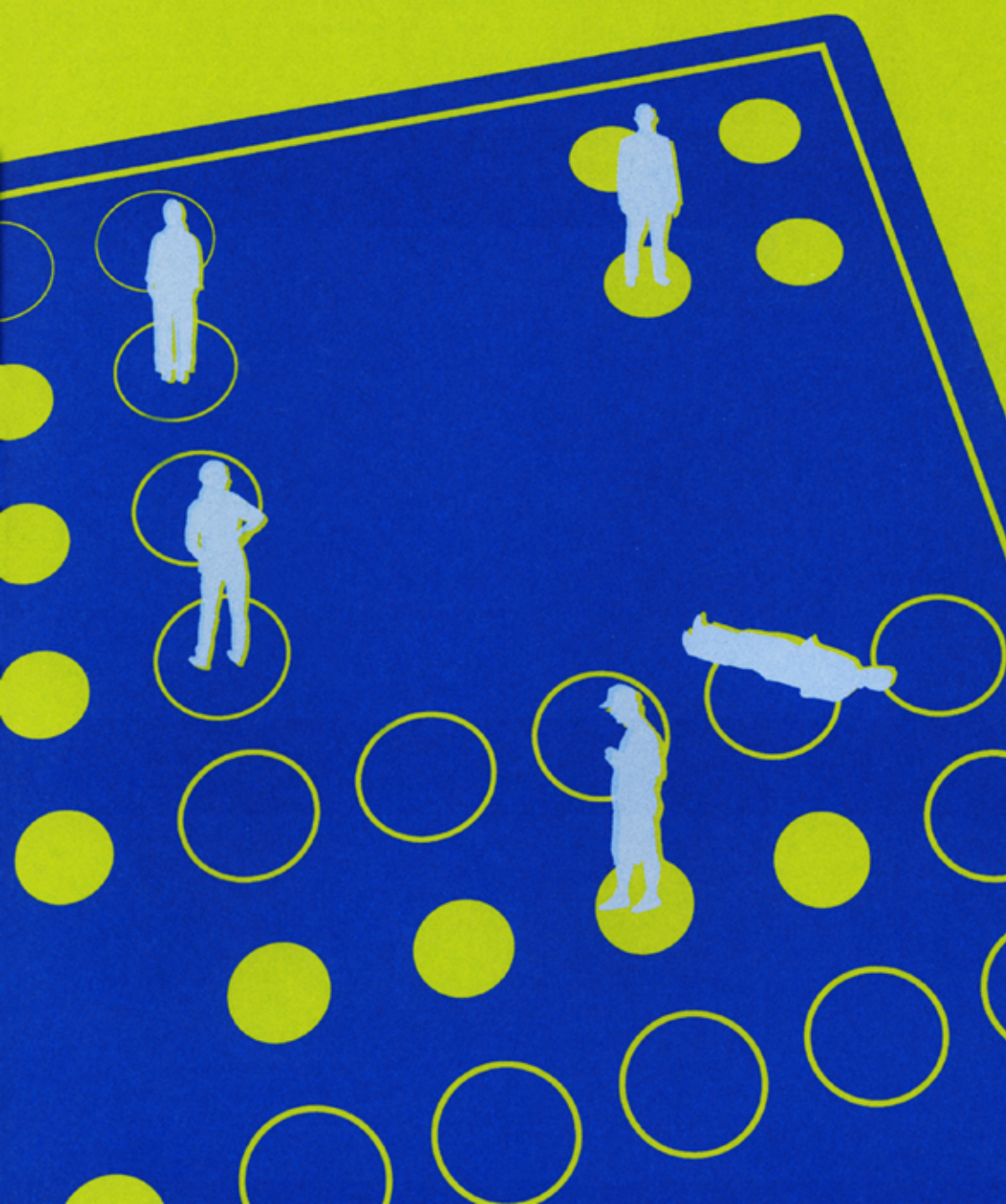
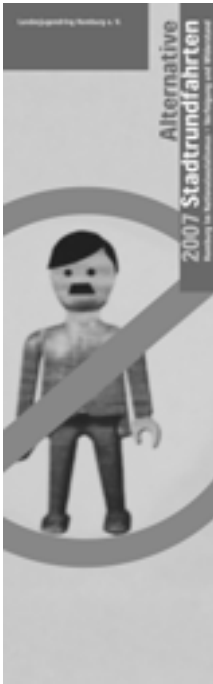


Nachwuchs ins Prekariat

Junge Menschen in unsicheren Lebenslagen

prekariat





Preiserhöhung bei den Alternativen Stadtrundfahrten. Die Stadt Hamburg bezuschusst die Alternativen Stadtrundfahrten für Hamburger Schulen und Hamburger Jugendverbänden. Diese Fahrten werden – je nach Nutzergruppe – entweder durch die Hamburger Kulturbehörde oder durch die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz finanziell unterstützt und sind deswegen besonders günstig. Aufgrund steigender Energiekosten sind die Preise für das Anmieten von Bussen in den vergangenen Jahren

jedoch immer wieder stark gestiegen. Erstmals seit 2002 gibt der LJR diese Preiserhöhung in diesem Jahr weiter und bittet dafür um Verständnis. Bei gleich bleibender finanzieller Unterstützung durch die Stadt Hamburg könnten ansonsten nur sehr wenige geförderte Fahrten stattfinden.

Ab 2007 kostet eine Alternative Stadtrundfahrt für Hamburger Schulen 160,10 € und für Hamburger Jugendverbände 140,10 €. Alle anderen Gruppen zahlen 371,50 €. Wem dies alles zu teuer ist, kann einen Rundgang buchen, der wie seit Jahren 67 € pro Gruppe (maximal 25 Personen) kostet.



Hart im Nehmen. Body-Checks an der Bande sind für Jan-Oliver Haupt, dem neuen Zivildienstleistenden beim LJR bis zum 30. Juni 2007, zumindest sportlich kein Problem. Schon mit 3 1/2 Jahren stand er bereits sicher auf dem Eis und entdeckte den Eishockey-Sport. Inzwischen spielt Jan-Oliver, 22 Jahre und im Beruf Automobilkaufmann, für die erste Mannschaft des HSV in der Regionalliga Nord. Als Stürmer erzielte bereits 52 Tore in 90 Spielen dieser Halbfiliga – eine beachtliche Quote.

Kommentar

3 Forever young

Hans-Jürgen Plate, LJR-Vorsitzender

Titelthema:

Nachwuchs ins Prekariat – Junge Menschen in unsicheren Lebenslagen

4 Prekarität – die Rückkehr der sozialen Frage in die Politik

Klaus Dörre,
Friedrich-Schiller-Universität Jena

7 Im Dschungel

Michael Nieselt, autonome jugendwerkstätten

9 Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz

Ole Schwede, DGB-Jugend

Vorsicht, Vielfalt!

12 Partnersuche auf russisch

Maren Riepe, LJR

14 Rückschau nach vorn

Austausch mit der Shanghai Youth Federation im September 2006

15 respekt*4

ein Wochenende, das Mut macht
Jan Jetter, Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände

16 Findige Vertreter

Die Wirkungsstätten
Bianca Gerlach

Nachrichten ...

18 3. Hamburger Sport-Jugend-Bildungstage

Erste »Nacht der Jugend« im Hamburger Rathaus

19 Die Nähe zum Anderen

Bußtagsveranstaltung der Evangelischen Jugend mit 1000 TeilnehmerInnen

Institutionen der Demokratiebildung

Tagung am 30. März 2007

TerminTicker

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers **Layout und Gestaltung:** Raul Roßmann **Photos:** (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Eike Schwede c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: 31 79 61 14; Fax: 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

Auflage: 2.100 Exemplare

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Druck: Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Forever young

Die »Berufsjugendlichen« – jeder kennt sie im eigenen Verband – sind Menschen, die sich mit der Jugend für die Jugend engagieren. Aber um welchen Preis?

Nehmen diese »Berufsjugendlichen« dem Nachwuchs die Luft, da sie alle wichtigen Schlüsselpositionen innehaben? Oder bieten sie mit ihrem Wissensschatz die nötige Starthilfe, um dem Nachwuchs auf die Beine zu helfen?

In vielen Verbänden gibt es momentan ein leidiges Problem: es fehlt an jungen Menschen, welche die Nachfolge der »Alten« antreten wollen. Ist eine Generation verloren gegangen? Suchen wir nicht teilweise händeringend nach jungen Menschen, die bereit sind, Positionen in unseren Organisationen zu übernehmen? Wie viele Versuche werden unternommen, um unsere demokratische Struktur zu erhalten? Es wird gesucht, es wird Überzeugungsarbeit geleistet, den jungen Menschen Hilfen zugesagt, usw. Das Thema kennt, glaube ich, fast jeder. Nichtsdestotrotz werden die Verantwortlichkeiten zumeist an »Berufsjugendliche« vergeben, da Junge nicht dazu bereit sind. Machen wir etwas falsch?

Es ist an der Zeit, die Definition zu hinterfragen: Was ist ein Jugendlicher? Bei unseren Freunden der Shanghai Youth Federation definiert man Jugendliche als unter 40 Jahre alt. Auch in unseren Gefilden scheint mir dies zutreffender zu sein, als wir es uns eingestehen wollen. Studien belegen zudem, dass sich die Zeit der »gefühlten« Jugendlichkeit nach hinten verschiebt. Auch die Mode des permanenten Jung- und Dynamisch-Seins spricht da Bände.

Ist es nicht so, dass wir uns länger jung fühlen – als wir es tatsächlich sind? Aber wonach definiert sich im Gegensatz dazu »alt«? Ist es nicht so, dass tradierte Lebenspläne, die in der klassischen bürgerlichen Gesellschaft einmal galten, mit unserem Lebenswandel nicht mehr viel zu tun haben? Früher definierte sich Jugendlichkeit als Bereich zwischen dem Kind- und Erwachsenenstatus, wobei letzterer eng verknüpft war mit dem Schritt, Verantwortung zu übernehmen und die Selbstständigkeit zu meistern. Die Selbstständigkeit scheint heute aber später einzusetzen und damit schwindet auch das Bewusstsein, Verantwortung übernehmen zu wollen.

Diese Veränderungen spiegeln sich in der Lebenswelt der Jugendverbände wieder. Die Altersstruktur unserer Gremien hat sich deutlich verändert. Das biologische Alter liegt im Durchschnitt zwar höher als noch vor ca. 10 Jahren, aber das gefühlte Alter der Akteure liegt doch meist weit vor dem »Alt-Sein«. Das jugendliche Selbstwertgefühl bestimmt durchaus unser Empfinden und Handeln. Aber wieso gehen wir davon aus, dass dieses Phänomen nur uns betrifft? Es ist viel weiter verbreitet, als wir es selber wahrhaben wollen. Die demographische Entwicklung der Gesellschaft zeigt,

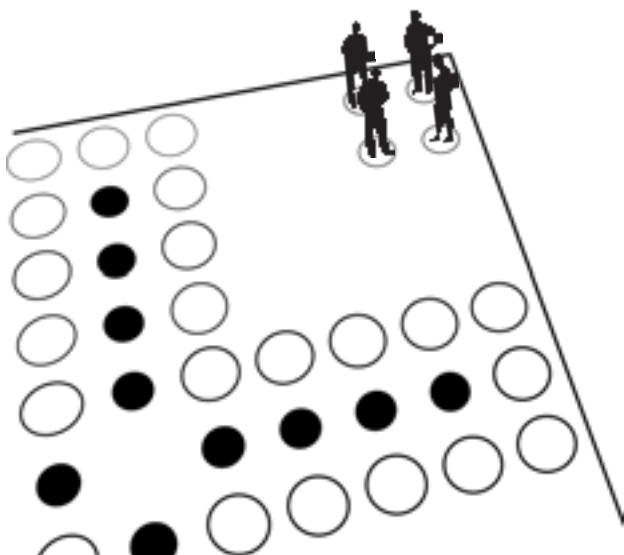
dass Jugendliche eine immer kleinere Bevölkerungsschicht werden. Und für schrumpfende Bevölkerungsgruppen gilt, dass es für sie immer schwieriger wird, einen Platz für die eigene Entwicklung zu finden. Schwer sind die Erwartungen, die auf dieser Gruppe lasten. So fußt ein Teil der gesellschaftlichen Sozialsysteme auf dem sogenannten »Generationenvertrag«, von dem nur wenige junge Menschen wissen, was dieser überhaupt für sie bedeutet.

Wir (»Berufsjugendliche«) dürfen darüber hinaus eines nicht vergessen: es wird von uns ja auch verlangt, »jugendlich« zu denken und zu handeln. Und zwar für die Jugendlichen, die diese Verantwortung noch nicht tragen wollen oder können, müssen wir etwas tun, um auch ihnen die Möglichkeit zu geben, sich in unserer Gesellschaft zu etablieren. Jugendverbände sind so in einer paradoxen »Advokatenrolle«. Das Ziel, junge Menschen zu aktiven Teilhabern der Bürgergesellschaft zu prägen, ist als »Weg« idealer Weise der Alltag im Mikrokosmos Jugendverband. Den Raum dafür müssen halt zuweilen auch die »Berufsjugendlichen« erstreiten und offen halten.

»Wenn wir bestehen wollen in dieser Gegenwart, dann müssen wir unsere jugendliche Eigenschaft, unsere Neugier und Dynamik und Flexibilität beibehalten, auch in einem Alter, in welchem die Jugend eigentlich längst vorüber sein müsste. Nur extreme Jugendlichkeit kann Anpassung an diese immer dramatischeren Transformationen gewährleisten. Oder besser, nur extreme Jugendlichkeit hat den Hauch einer Chance, sich daran anzupassen«, schreibt Harrison. Man könnte es auch so sagen: »Wir sind zur Jugendlichkeit verdammt. Wer nur erwachsen ist, der ist verloren. Bloß weil wir zur Jugend geradezu verdammt sind, erübrigt sich noch lange nicht die Notwendigkeit, erwachsen zu werden.« (C. Seidel, Warum wir nicht älter werden) (Weitere Infos zum Thema gibt es bei der Bundeszentrale für politische Bildung, APuZ 49-50/2005)

*Hans-Jürgen Plate
LJR-Vorsitzender*





Prekarität – die Rückkehr der sozialen Frage in die Politik

von Klaus Dörre,
Friedrich-Schiller-Universität, Jena

1. Die »Unterschichtendebatte« als Katalysator

Europa im Herbst. Die soziale Frage ist in die Politik zurückgekehrt. Was als Debatte um Exklusion und Unterschicht begann, hat sich mittlerweile zu einem Brennpunkt der politischen Auseinandersetzung entwickelt. Allerdings verlaufen die Kontroversen unübersichtlich. Da plädiert z. B. in Deutschland ein christdemokratischer Ministerpräsident für eine verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und sozialdemokratische »Agendisten« (sogenannt nach der Schröderschen Agenda 2010, Böhning/Nahles 2006), die das ablehnen, sehen sich unversehens des Neoliberalismus bezichtigt. Interessanter als die Beobachtung diskurstaktischer Wendungen in der Tagespolitik ist freilich die Frage, was sich hinter der sogenannten Unterschichtendebatte verbirgt. Zum Auslöser wurde eine INFRATEST-Studie (vgl. Müller-Hilmer 2006), die interessante Belege für die Wiederkehr sozialer Unsicherheit in die bundesdeutsche Gesellschaft zutage gefördert hat. Nach dieser Untersuchung geben deutlich über 40 % der Befragten an, dass sie befürchten, »ihren Lebensstandard nicht halten zu können« (49 %), sich finanziell einschränken zu müssen (59 %), dass sie ihr »Leben als ständigen Kampf« empfinden (46 %) und sich »vom Staat allein gelassen« fühlen (44 %). Eine große Mehrheit ist der Ansicht, dass es keine Mitte mehr gibt, sondern nur noch oben und unten (61 %), und immerhin 14 % der Befragten sehen sich in jeder Hinsicht »als Verlierer« und »gesellschaftlich ins Abseits geschoben« (ebd., S. 7).

In solche Daten werden Umriss einer sozialen Problematik deutlich, die freilich nicht mit dem Begriff der »neuen Unterschicht« erfasst werden kann und die auch keineswegs auf Deutschland zu begrenzen ist. Längst gibt es, etwa in Frankreich, weitaus präzisere sozialwissenschaftliche Deutungsangebote, die sich um Begriffe wie Prekarisierung, Prekarität oder Prekariat ranken. Seiner etymologischen Bedeutung nach lässt sich prekär mit auf Widerruf gewährt, unsicher oder heikel übersetzen. Aktuell wird der Begriff genutzt, um die Ausbreitung unsicherer Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse in den – an sich reichen und historisch gesehen auch sicheren – Gesellschaften des Westens zu thematisieren. Autoren wie Bourdieu (1998), Paugam (2000) oder Castel (2000) haben die Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft in ihren Arbeiten frühzeitig als den Kern der sozialen Frage des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Tatsächlich basierte das Job-Wachstum in den EU-Staaten während der zurückliegenden Dekade nicht ausschließlich, aber doch in erheblichem Maße auf einem Zuwachs an flexiblen, überwiegend prekären Arbeitsverhältnissen (Kok 2004). Dazu zählen Leih- und Zeitarbeit, Tätigkeiten im Niedriglohnsektor, befristete Beschäftigung und erzwungene Teilzeitarbeit ebenso wie Mini- oder Midi-Jobs, abhängige Selbstständigkeit oder sozialpolitisch geförderte Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs). Gemeinsam ist diesen Beschäftigungsformen, dass sie oberhalb eines kulturellen Minimums nicht dauerhaft Existenz sichernd sind. Wenngleich Arbeitsmarktforscher über das Ausmaß des Prekarisierungstrends streiten, kann doch kein Zweifel bestehen, dass diese Beschäftigungsformen in vielen europäischen Ländern auf dem Vormarsch sind (IRES 2005). Die Zu-

nahme sogenannter nicht-standardisierter Arbeitsverhältnisse, die z. B. in Deutschland längst mehr als ein Drittel aller Erwerbsverhältnisse umfasst, bringt diesen Trend nur höchst unvollständig zum Ausdruck. So arbeiten inzwischen mehr als 18 % aller Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich (weniger als zwei Drittel des Medianlohns); sie sind Prekärer mit standardisiertem, »normalem« Beschäftigungsverhältnis.

Lange Zeit wurde die Debatte um prekäre Arbeitsverhältnisse von marktradikalen Deutungen beherrscht, die in unsicheren Beschäftigungsformen vor allem eine wünschenswerte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Brücken in reguläre Beschäftigung (Kommission 1996) sehen. Gegen solche Deutungen sprechen empirische Fakten, etwa die geringe Aufwärtsmobilität, die den prekären Sektor besonders in Deutschland auszeichnet (Brinkmann u. a. 2006: 36 ff.). Vor allem jedoch ignorieren sie, dass Prekarisierungsprozesse die soziale Integrationskraft von Erwerbsarbeit schwächen. Während der Nachkriegsjahrzehnte hatte eine stabile Verknüpfung von Lohnarbeit mit starken Schutzmechanismen (z. B. Rentenansprüche, Arbeits- und Kündigungsschutz, tarifliche Normen, Mitbestimmung) in den westlichen Kapitalismen ein »Sozialeigentum« (Castel 2005: 41 f.) geschaffen, das dem Großteil der Lohnabhängigen trotz fortbestehender Ungleichheiten zu einem respektierten Status in der Gesellschaft verhalf. Auch wenn das »Sozialeigentum« ungleich verteilt war – Frauen und Migrantinnen z. B. konnten immer nur begrenzt an ihm Teil haben – wurde Lohnarbeit für große gesellschaftliche Gruppen zur Basis einer längerfristigen Lebensplanung. Der zeitgenössische Finanzmarkt-Kapitalismus

stellt nun diese über Jahrzehnte hinweg stabilen Verknüpfungen von Lohnarbeit und Sozialeigentum mehr und mehr in Frage. Eine Schwächung kollektiver Regelungen von der Renten- und Arbeitslosenversicherung über die Tarifverträge bis hin zur betrieblichen Mitbestimmung führt dazu, dass Lohnarbeit ihren unsicheren, prekären Charakter wieder deutlicher ausprägt. Dies geschieht jedoch in einem ungleichmäßigen, sozial abgestuften, durch nationale Institutionensysteme gefilterten Prozess. Getrieben von markt- und kostenzentrierten Rationalisierungsstrategien spalten sich die nachfordistischen Arbeitsgesellschaften in Zonen mit unterschiedlichen Sicherheitsniveaus. Zwar befindet sich die Mehrzahl der Beschäftigten zumindest in Deutschland und anderen europäischen Kernstaaten noch immer in einer Zone der Integration mit standardisierten Arbeitsverhältnissen und halbwegs intakten sozialen Netzen. Darunter expandiert jedoch eine Zone der Prekarität, die sich sowohl durch unsichere Beschäftigung, als auch durch erodierende soziale Netze auszeichnet. Am unteren Ende der Hierarchie entsteht eine Zone der Entkoppelung, in der sich Gruppen ohne reale Chance auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt befinden (Castel 2000). Bei diesen »Überzähligen« (Marx 1973: 660) der Arbeitsgesellschaft paart sich der Ausschluss von regulärer Erwerbsarbeit mit relativer sozialer Isolation.

2. Flexploitation und die »Generation Praktikum«

Das Castelsche Zonenmodell ist eine heuristische Folie, deren Relevanz inzwischen durch empirische Forschungen (Baethge u. a. 2005; Schultheiß/Schulz 2005; Dörre 2005) belegt ist. Im Grunde wird die Wirkung von Prekarisierungsprozessen jedoch erst sichtbar, wenn man die subjektive Verarbeitung von sozialer Unsicherheit in die Analyse einbezieht. Inzwischen liegen erste empirische Studien vor (Dörre u. a. 2006: 9 ff.), die diese Dimension der Prekarisierung ausleuchten. Die Untersuchungen belegen, dass Prekarisierungsprozesse keineswegs nur oder in erster Linie die Ränder der Arbeitsgesellschaft betreffen. Vielmehr lassen sich mindestens drei Kristallisationspunkte von Prekarität entdecken. Neben dem dauerhaften Ausschluss von Erwerbsarbeit sowie der Ausbreitung und Verfestigung unsicherer Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse stellen die Abstiegsängste sozialer Gruppen, die sich eigentlich noch in »Normalbeschäftigung« befinden, einen eigenständigen Ursachenkomplex des verbreiteten Unsicherheitsempfindens dar. Die Angst vor Statusverlust reicht bis tief in die Zone der Integration hinein; schon deshalb ist die Prekarisierung kein bloßes Unterschichtenphänomen.

Unterhalb dieser Problematik verfestigt sich Prekarität mehr und mehr zu einer Lebenslage, die nicht nur von materiellem Mangel, Unsicherheit, ungünstigen Arbeitsbedingungen und Anerkennungsdefiziten, sondern vor allem auch durch schwindende Möglichkeiten zu einer längerfristigen Lebensplanung geprägt wird. Eine Feststellung, die so freilich nicht für jene Selbstmanager und Kreativarbeiter gilt, welche flexible Beschäftigung als Freiheitsgewinn erleben. Solche Gruppen – Freelancer in der IT-Industrie, Werbefachleute, Medienbeschäftigte oder manche Erwerbstätige aus den sogenannten »creative industries« – verfügen zumeist über finanzielle Ressourcen und Qualifikationen, die sie von der Sorge um die Subsistenz dauerhaft entlasten. Für die Masse der prekär Beschäftigten trifft das so nicht zu; für sie wird Flexibilisierung zur »Flexploitation«, zur Überausbeutung infolge einer Konzentration von Unsicherheit, gepaart mit materiellem Mangel (Bourdieu 1998).

In Abhängigkeit von Alter, Haushaltsform, Geschlecht, Qualifikation, Region und Nationalität wird Prekarität höchst unterschiedlich verarbeitet. Je jünger und qualifizierter die Beschäftigten sind, desto größer ist die Hoffnung, den Sprung in eine Normbeschäftigung doch noch zu schaffen. Integration durch Teilhabe wird durch eine schwache, weil zumeist fiktive Formen der Einbindung ersetzt. Der Traum des Leiharbeiters ist es, Stammarbeiter zu werden. Doch dieser Traum geht nur für ca. 12 bis maximal 18 % der Betroffenen in Erfüllung. Deshalb ist die Integrationskraft des Versprechens auf »Normalisierung« begrenzt. Diejenigen, deren Hoffnungen auf einen Sprung in »normale Beschäftigung« über einen längeren Zeitraum nicht in Erfüllung gehen, die also der »Schwebelage« Prekarität dauerhaft ausgesetzt sind, müssen sich früher oder später arrangieren. Ihre Energie schwindet, sie müssen ihre Ansprüche zurück-schrauben und sich in einem Leben einrichten, das Planung nur von einem Tag auf den anderen zulässt. Von derartigen Verstetigungsprozessen sind auch solche Gruppen betroffen (z. B. viele Frauen und Migranten), die schon immer zu erheblichen Teilen von Normbeschäftigung ausgeschlossen waren. Frauen z. B. sehen sich in traditionell weiblich dominierten Dienstleistungsbereichen wie dem Reinigungsgewerbe plötzlich mit männlicher Konkurrenz konfrontiert. Zudem läuft die Prekarisierung männlicher Beschäftigung auch bei den zuverdienenden Partnerinnen häufig auf eine Destabilisierung des gesamten Lebenszusammenhangs hinaus (Mayer-Ahuya 2003).

Jugendliche werden von dieser Entwicklung an einer sensiblen Nahtstelle ihrer Biographie getroffen. Das mediale Etikett der »Generation

Praktikum« verstellt allerdings den Blick dafür, dass sich diese Generation aus Gruppen zusammensetzt, für die das verbreitete Unsicherheitsgefühl letztlich höchst Unterschiedliches bedeuten wird. Es gibt durchaus Gruppen, die sich selbst auf der Siegerstraße sehen. Sie repäsentieren nur gut ein Zehntel ihrer Altersgenossen. Bei der Definition und Bewältigung sozialer Ungleichheit sind sie jedoch besonders einflussreich. Durch die Medienkommunikation verstärkt, bestimmen sie in vielerlei Hinsicht die gesellschaftliche Selbstwahrnehmung sozialer Ungleichheiten. Hinter der medial inszenierten Multioptionsgesellschaft findet jedoch vielfach die Einschränkung von Lebenschancen statt. In der Hülle einer sich ständig erweiternden Optionsvielfalt nimmt die ungleiche Verteilung von Lebenschancen zu. Dies ist keineswegs nur das Problem gesellschaftlicher Minderheiten, die von einem vollständigen Ausschluss aus dem Erwerbssystem bedroht sind. Neben gering Qualifizierten ist es vor allem der Nachwuchs von Facharbeitern und -angestellten, der den Anschluss an die gesellschaftliche Mitte zu verlieren droht. Die unterschwellige Polarisierung der Konsumnormen, die im Schatten der Nischen des »gehobenen Geschmacks« die Tempel eines standardisierten Billigkonsums erblühen lässt, ist nur symbolischer Ausdruck dieser Tendenz. Neuere Untersuchungen belegen, dass Jugendliche als Reaktion auf zunehmende Unsicherheit »langfristig bindende Entscheidungen zunehmend auf-schieben«; Übergänge ins Erwerbsleben verlaufen »oft chaotisch«. Häufig findet eine Flucht in »Alternativrollen« (etwa in die Hausfrauen- und Mutterrolle bei jungen Sozialhilfeempfängerinnen, Blossfeld 2006: 165) statt. Insgesamt gilt jedoch, dass junge Akademiker mit Ein-Euro-Vertrag in der Filmindustrie Prekarität eher als eine zeitlich begrenzte Statuspassage erleben. Diejenigen, die schon im Jugendalter vom Zugang zu regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden, müssen indessen damit rechnen, dass sich diese soziale Lagerung für den Rest ihres Lebens verstetigt.

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung bedeutsam, dass von prekärer Beschäftigung ein disziplinierender Effekt ausgeht, der auch die vermeintlich gesicherten Beschäftigten erfasst. Anders als die Arbeitslosen sind die prekär Beschäftigten für die Angehörigen der Stammbefugten stets präsent. Leiharbeiter führen den Festangestellten vor Augen, dass man die gleiche Arbeit billiger und bei Inkaufnahme von Lebensbedingungen verrichten kann, die seitens der Stammbefugten kaum akzeptiert würden. Insofern sind die prekär Beschäftigten für die Festangestellten eine ständige Mahnung. Ihre bloße Anwesenheit diszipliniert – und das selbst in gewerkschaftlich gut organisierten Beleg-

schaften. Durch Konfrontation mit unsicher Beschäftigten forciert die Prekarisierung somit auch innerhalb der Stammebelegschaften einen Trend zur Produktion »gefügiger« Arbeitskräfte (Boltanski/Chiapello 2003:262).

3. Politik der Entprekarisierung

Dieser Disziplinierungsmechanismus kann rechts-populistische Tendenzen fördern (Dörre u. a. 2006 b); er kann aber auch zum Auslöser neuer Arbeiterbewegungen werden (Silver 2005) Insofern ist Prekarität tatsächlich »überall« (Bourdieu 1998: 96ff.); sie wirkt jedoch nicht als Sachzwang, der fatalistisch zu akzeptieren wäre. Längst sind wirtschaftlich dysfunktionale Effekte der Verunsicherung nicht mehr zu übersehen. Wenn die Existenz unsicher geworden ist, »dominiert die Sorge um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes, so widerwärtig er auch sein mag« (Bourdieu 2000: 72). Die sozialen Voraussetzungen für Prozess- und Produktinnovationen schwinden. Zugleich sinkt die Loyalität der Beschäftigten gegenüber den Unternehmen, die Arbeitsmotivation leidet und Qualitätsmängel nehmen zu (Detje u. a. 2005).

Solche empirischen Befunde stehen in scharfem Kontrast zu marktradikalen Paradigmen. Letztere zielen auf ein Gemeinwesen, in welchem die Bürgerinnen und Bürger als »Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft« agieren, weshalb kollektive Sicherungssysteme weitgehend überflüssig werden sollen. Die Verfechter solcher Ideen überse-

hen freilich, dass die Aneignung eines in die Zukunft gerichteten unternehmerischen Denkens die »Sicherheit des Arbeitsplatzes« und »ein Minimum an regelmäßigen Einkünften« voraussetzt. Wo prekäre Beschäftigung die Ausarbeitung eines rationalen Lebensplans blockiert, können sich ökonomisch »rationale Verhaltensdispositionen« nicht herausbilden (Bourdieu 2000: 17 ff., 109). Die Verfechter einer reinen Marktgesellschaft verlangen daher von ressourcenschwachen Prekariern Verhaltensdispositionen, die diese anzueignen gar nicht im Stande sind.

Kreativität, Innovationsbereitschaft und Flexibilität kommen letztlich nicht ohne kollektive Sicherungen aus. Diese Erkenntnis ist der Ausgangspunkt für eine Politik der Entprekarisierung (Brinkmann u. a. 2006: 85 ff.), zu der wirksame Mindestlöhne und eine Grundsicherung ebenso gehören, wie die Förderung der Selbstorganisation von Prekariern. Als Spezialisten für die Bekämpfung sozialer Unsicherheit wären die Gewerkschaften eigentlich berufen, sich an die Spitze einer Bewegung zu setzen, die der fortschreitenden Prekarisierung Grenzen setzt. Von einer solchen Rolle sind sie einstweilen aber noch weit entfernt. Zu lange haben sie sich auf die Interessenvertretung einigermaßen geschützter Stammebelegschaften konzentriert. Dies ist verständlich, weil sich dort das Gros der Mitglieder befindet, politisch klug ist eine solche Haltung indessen nicht. Mittlerweile sieht sich selbst die deutsche IG Metall in ihren verbliebenen Hochburgen mit bedenklichen Entwicklungen konfrontiert. Im Vorzeigewerk BMW-Leipzig liegt der Leiharbeiteranteil bei 30 %, bei den Zulieferern z. T. über 50 %. Die IG Metall NRW konstatiert besorgt, dass allein in ihrem Organisationsbereich »jeder vierte Arbeitnehmer unter 30 Jahren in einem sogenannten prekären Arbeitsverhältnis angestellt ist«. Und der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft, Berthold Huber, warnt davor, den Osten als »Exerzierfeld für eine Deregulierung des Normalarbeitsverhältnisses größten Ausmaßes« zu machen (Spiegel-online, 19.11.2006). In solchen Statements deutet sich ein Umdenken an der Spitze der Gewerkschaften an, das sich auch schon in Projekten für »gute Arbeit« niederschlägt. Um im prekären Bereich eine erfolgreiche Interessenpolitik betreiben zu können, müssen jedoch entsprechende Politikangebote entwickelt und genügend Ressourcen bereitgestellt werden. Hier lässt sich vom Organizing-Modell (Voss/Sherman 2000, Arbeitsgruppe 2006) einiger US-Gewerkschaften lernen. Mit dem Rücken zur Wand haben diese Gewerkschaften gerade im prekären Bereich interessante Erfahrungen sammeln können. Ausschlaggebend für Erfolge waren drei Faktoren: aktivierende Impulse, die aus sozialen

Bewegungen in die Gewerkschaft hineingetragen werden; ein Führungswechsel, der die politische Neuorientierung forcierte sowie nicht zuletzt die Unterstützung durch die Bundesorganisation (ebd. 325). Schon wegen dieser Sonderbedingungen lässt sich ein solcher Politikansatz nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen. Dennoch sind Lernprozesse auch hierzulande möglich. Nur im Zuge einer mutigen Politik der Entprekarisierung, könnte sich, wie der Spiegel mutmaßt, das »Arbeitsmarktelend« auch als Chance für die »durch rapiden Mitgliederschwund gebeutelten Gewerkschaften erweisen« (Spiegel-online, 19.11.2006).

Literatur:

- Baethge, M. u. a. (2005): Berichterstattung zur ökonomischen Entwicklung in Deutschland. 1. Bericht, Wiesbaden.
- Boltanski, L./Chiapello, É. (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz. Frz. (1999): Le nouvel Esprit du Capitalisme. Paris.
- Böhnig, B./Nahles, A. (2006): Vorwort zu: Böhnig, B./Dörre, K./Nahles, A. (Hrsg.): Unterschichten? Prekariat? Klassen?. Moderne Politik gegen soziale Ausgrenzung. Dortmund: SPW-Verlag: 6-8.
- Bourdieu, P. (2000): Die zwei Gesichter der Arbeit. Konstanz.
- Bourdieu, P. (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz.
- Brinkmann, U./Dörre, K./Röbenack, S. (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise. MS. Jena.
- Castel, R. (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburg.
- Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.
- Detje, R./Pickshaus, K./Urban, H.J. (Hrsg.) (2005): Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien. Hamburg.
- Dörre, K., Kraemer, K.; Speidel, F. (2006): The Increasing Precariousness of the Employment Society – Driving Force for a New Right Wing Populism? In: International Journal of Action Research. Volume 2, Issue 1: 98-128.
- Dörre, K. (2005): Prekarisierung contra Flexicurity. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse als arbeitspolitische Herausforderung In: Martin Kronauer/Gudrun Linne (Hrsg.): a.a.O.: Berlin.
- IRES (2005): Precarisation de l'emploi et representation syndicale. Chronique Internationale de IHRES, Nume-ro speciale 97. Novembre 2005.
- Kok, W. (2004): Die Herausforderung annehmen: Die Lissabon-Strategie: Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Bericht der hochrangigen Sachverständigenkommission, 03.11.2004. Brüssel.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1996): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Teil I. Bonn.
- Kronauer, M./Linne, G. (Hrsg.) (2005): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Berlin.
- Mayer-Ahuya, N. (2003): Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen »Normalarbeitsverhältnis« zu prekärer Beschäftigung seit 1973. Berlin.
- Marx, K. (1973): Das Kapital. Erster Band, MEW 23. Berlin.
- Müller-Hilmer, R. (2006): Gesellschaft im Reformprozess. TNS Infratest, o.O. Juli 2006.
- Paugam, Serge (2000): Le salarié de la précarité. Paris.
- Schultheis, F./Schulz, K. (Hrsg.) 2005: Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag. Konstanz
- Silver, J. S. (2002, dt. 2005): Forces of Labor. Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870. Berlin.
- Spiegel-online, 19.11.2006: Gewerkschaft. Kampagne für prekär Beschäftigte gestartet.
- Voss, K./Sherman, R. (2000): Breaking the Iron Law of Oligarchy: Union Revitalization in the American Labour Movement. In: American Journal of Sociology Volume 106, Number 2 (September 2000): 303-349.

Zur Person



Dr. Klaus Dörre ist Prof. für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Globalisierung, prekäre Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen, Rechtspopulismus. **Aktuelle Veröffentlichung:** gem. m. Bernd Röttger (2006): Im Schatten der Globalisierung, Wiesbaden, VS Verlag Eine Studie zu prekärer Beschäftigung erscheint 2007 im gleichen Verlag.

Im Dschungel

Die Lage von Ausbildung suchenden Jugendlichen in Zeiten von Hartz IV *

von Michael Nieselt, autonome jugendwerkstätten

Jugendarbeitslosigkeit – eine Katastrophe oder doch alles nicht so schlimm?

Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit wird die Öffentlichkeit immer wieder – und speziell in dieser Jahreszeit, wenn das neue Ausbildungsjahr schon eine Weile begonnen hat – mit widersprüchlichen Zahlen verwirrt. Auf der einen Seite frohlocken die Vertreter des »Ausbildungspakts« jedes Jahr, dass sie ihre Verpflichtungen sogar noch übertroffen und mehr zusätzliche Lehrstellen als vereinbart zur Verfügung gestellt haben. So wurde die Handelskammer Hamburg im Hamburger Abendblatt folgendermaßen zitiert: »Wir sind mit diesen Zahlen sehr zufrieden, damit haben wir das sehr gute Ergebnis des Vorjahres noch einmal um 0,68 Prozent steigern können.« (2.8.2006) Dagegen nörgeln andere – wie die Gewerkschaften – an den erzielten Ergebnissen herum und präsentieren ganz andere Zahlen, obwohl sich selbst unter den Kritikern kaum noch einer traut, die antiquierte Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe zu aufzustellen.

Wie sieht es denn nun wirklich aus?

Die Fakten sind folgende:

- Mit 550.180 Ausbildungsverträgen wurden 2005 in Deutschland wieder 4% weniger als im Vorjahr und so wenige wie noch nie seit der Wiedervereinigung abgeschlossen – 1999 waren es noch 631.000! Dagegen nimmt die Zahl der Schulabgänger seit Anfang der 90er Jahre kontinuierlich zu: von 773.300 im Jahr 92 auf 948.000 im vergangenen Jahr (1)
- Ausbildungspakt hin oder her – bundesweit bilden nur 23% aller Firmen aus (2)
- Um das mangelnde Engagement der Wirtschaft und die wachsende Zahl der Schulabgänger aufzufangen, werden alleine im Rahmen des Bundesbenachteiligtenprogramms, das 1980 mit 578 (!) Ausbildungsplätzen zur Überwindung der konjunkturellen Ausbildungsmarktschwäche startete, seit 2001 jährlich über 70.000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze finanziert (3)
- Auch wenn die Zahl der unversorgten Jugendlichen 2005 bundesweit bei »nur« 40.900 lag, entspricht das nicht – wie in den Medien dargestellt – der tatsächlichen »Lehrstellenlücke«. Denn neben diesen knapp 41.000 Unversorgten befinden sich ca. 120.000 Jugendliche in schulischen und 89.000 in Berufsvorbereitungsmaßnahmen der Arbeitsagentur sowie weitere 250.000 in einjährigen Berufsfachschulen (4). Wie viele dieser

Jugendlichen tatsächlich einer Ausbildungsvorbereitung bedürfen und wie viele nur eine Warteschleife drehen, um nicht in der Statistik zu erscheinen, darüber streiten die Gelehrten.

- Unstrittig ist aber: alle diese 459.000 »Maßnahmejugendlichen« werden im folgenden Jahr zusätzlich zu den Schulabgängern erneut einen Ausbildungsplatz suchen, da ihre Maßnahmen keinen Berufsabschluss vermitteln. Auch 2006 haben 71% der Lehrstellenbewerber in Hamburg die allgemeinbildende Schule schon 2005 oder früher verlassen! (5)
- Auch in Hamburg ist die Zahl der bei der Arbeitsagentur gemeldeten Ausbildungsstellen in den letzten zehn Jahren von über 10.000

» Trotzdem gibt die Arbeitsagentur an, dass in Hamburg auf jeden Lehrstellenbewerber statistisch 1,1 gemeldete Ausbildungsplätze kommen. Dieses günstige Verhältnis wird dadurch erreicht, dass viele Bewerber einfach als nicht ausbildungsfähig eingestuft und deshalb gar nicht in die Statistik der Lehrstellen Suchenden aufgenommen werden «

auf gerade noch 8.000 gesunken. Trotzdem gibt die Arbeitsagentur an, dass in Hamburg auf jeden Lehrstellenbewerber statistisch 1,1 gemeldete Ausbildungsplätze kommen. Dieses günstige Verhältnis wird dadurch erreicht, dass viele Bewerber einfach als nicht ausbildungsfähig eingestuft und deshalb gar nicht in die Statistik der Lehrstellen Suchenden aufgenommen werden: Von fast 9.000 Jugendlichen mit Hauptschulabschluss, die sich im letzten Jahr hilfeschend an die Hamburger Arbeitsagentur wandten, wurden nur 2.172 (=24,7%) als Lehrstellen Suchende anerkannt (5)

- Nichtsdestotrotz ist die Lage in Hamburg im Vergleich zu den anderen norddeutschen Ländern noch vergleichsweise günstig. In Mecklenburg-Vorpommern kommen auch nach Zählweise der Arbeitsagentur gerade noch 0,5 Ausbildungsplätze auf einen Bewerber (5). Deshalb strömen zunehmend Bewerber aus anderen Bundesländern nach Hamburg und verdrängen die weniger leistungsfähigen Hamburger Bewerber: Mittlerweile sind 51% der Hamburger Auszubildenden aus einem anderen Bundesland (6)

So weit zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt.

Veränderungen durch Hartz IV

Um die Lehrstellenknappheit zu mindern und auch benachteiligten Jugendlichen den Einstieg

in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, gibt es seit den 80er Jahren sowohl Bundes- als auch Landesprogramme. Bundesweit fördert die Agentur für Arbeit die Integration von jungen Menschen mit Startschwierigkeiten und bietet im Rahmen ihres Benachteiligtenprogramms auch außerbetriebliche Ausbildung (BaE = Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen) an (s.o.). Auf Länderebene gibt es in Hamburg das Hamburger Ausbildungsplatzprogramm (HAP) und die Jugendberufshilfe (JBH), die beide ebenfalls auch außerbetriebliche Ausbildung anbieten.

1. Aufbau eines eigenen Fördersystems für ARGE-Kunden

Zu diesen beiden Fördersystemen ist durch die Neufassung der Sozialgesetze ein drittes hinzugekommen: die Förderung nach Sozialgesetzbuch II (SGB II) durch die ARGE – oder wie sie in Hamburg jetzt wohlklingend heißt: die team.arbeit.hamburg. Das SGB II ist für all diejenigen zuständig, die nicht von ihrem Arbeitseinkommen leben können und keinen Anspruch auf Leistungen nach anderen Sozialgesetzbüchern haben – und für deren Familienmitglieder. Also auch die Kinder und Jugendlichen.

Schon in der Vergangenheit haben die parallelen Fördersysteme von Arbeitsagentur und Stadt eher nebeneinander her als zusammengearbeitet: Wer seine Berufsvorbereitung bei der Arbeitsagentur gemacht hat, ging meist in BaE und wer auf einer berufsvorbereitenden Schule war, ging ins HAP oder die JBH. Aber das war begründet durch mangelnden Informationsaustausch und fehlende Vernetzung. Ein Wechsel vom einen ins andere System wäre formal jederzeit möglich gewesen. Hilfreich wäre gewesen, über eine systemübergreifende Zusammenarbeit nachzudenken, um den Jugendlichen den Zugang zu den für sie optimalen Fördermaßnahmen zu erleichtern und die vorhandenen Maßnahmen optimal einzusetzen.

2. Undurchlässigkeit der Fördersysteme

Statt dessen ist jetzt ein drittes System parallel zu den bewährten vorhandenen errichtet worden. Nun wären zusätzliche Fördermöglichkeiten für die Vielzahl der unversorgten Jugendlichen sicher zu begrüßen. Aber im Gegenzug werden Jugendliche aus SGB-II-Leistungen beziehenden Familien von den Fördermöglichkeiten der Arbeitsagentur und der Stadt weitgehend ausgeschlossen.

Während sich vorher alle Schulabgänger unabhängig von der Einkommenssituation ihrer Eltern

bei der Agentur für Arbeit (vormals Arbeitsamt) arbeitssuchend melden und dann die Berufsberatung, die Vermittlungsdienste und das nach Leistungsstärke differenzierte Förderangebot nutzen konnten, werden Schulabgänger nach der neuen Struktur nicht mehr nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten, sondern nach der Einkommenssituation der Eltern aufgeteilt: Jugendliche, deren Eltern Arbeitslosengeld (Alg) 2 bekommen, haben kein Recht auf Zutritt zur und Beratung durch die Agentur für Arbeit – sie werden gleich am Eingang abgefangen und zur ARGE geschickt.

Ebenfalls verwehrt oder zumindest erschwert ist ihnen der Eintritt in Maßnahmen der JBH und des HAP. Denn im SGB VIII, das Grundlage für diese Angebote ist, heißt es in § 10 Absatz 3: »... Leistungen nach § 3 Absatz 2 (s.u.)... des Zweiten Buches gehen den Leistungen nach diesem Buch vor.« Allgemeinverständlich: Angebote des SGB II sind vorrangig vor der Jugendberufshilfe in Anspruch zu nehmen.

3. Zugang zu Förderung abhängig von der sozialen Herkunft

Das ist mehr als eine organisatorische Änderung – welche Institution nun zuständig ist – und auch mehr als ein finanzielles Problem – ob das Alg 2 nun geringer ist als die Sozialhilfe war. Hier hat eine völlig neue Schwerpunktsetzung stattgefunden. Wichtigste Frage ist nicht mehr, welche Hilfen den Wünschen, Fähigkeiten und Defiziten des Ausbildung suchenden Jugendlichen angemessen sind. Jetzt geht es vorrangig darum, unter welches Sozialgesetz der junge Mensch fällt: SGB II, SGB III oder SGB VIII. Denn bei SGB II muss die ARGE zahlen, bei SGB III die Arbeitsagentur und bei SGB VIII die Bildungsbehörde.

Ich will hier nicht so tun, als wenn früher alle Jugendlichen immer in den für sie geeigneten Maßnahmen gelandet wären. Ich will auch nicht bestreiten, dass es auch früher Streitfälle über die Kostenträgerschaft gegeben hat: Kann der junge Mensch eine Ausbildung machen, oder ist er schon umschulungsberechtigt? Ist er überhaupt ausbildungsfähig und damit berechtigt, Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) zu bekommen?

» Die neue gesetzliche Systematik bewirkt also, dass demnächst fast jeder vierte Jugendliche nach der Schulentlassung bei Berufswahl und Ausbildungssuche kein Anrecht auf Betreuung durch die Agentur für Arbeit hat und keinen oder nur einen sehr erschwerten Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen nach SGB III und SGB VIII. «

Oder ist er vielleicht gar ein Reha-Fall? Aber das waren Einzelfälle. Durch die Herausnahme von Jugendlichen, deren Eltern Alg 2 beziehen, sowohl aus der Zuständigkeit der Arbeitsagentur als auch aus der Jugendberufshilfe, ist bei der Betreuung von Ausbildung suchenden Jugendlichen eine Art »Kastensystem« installiert worden: entscheidendes Kriterium für die Hilfsangebote ist die soziale Herkunft. Danach wird der Jugendliche einsortiert, danach entscheiden sich die möglichen Hilfsangebote.

Und es geht hier nicht um eine Randgruppe, die aussortiert wird. Mittlerweile lebt in Hamburg fast jedes vierte Kind in einem Haushalt, der von SGB-II-Leistungen lebt (7). Die neue gesetzliche Systematik bewirkt also, dass demnächst fast jeder vierte Jugendliche nach der Schulentlassung bei Berufswahl und Ausbildungssuche kein Anrecht auf Betreuung durch die Agentur für Arbeit hat und keinen oder nur einen sehr erschwerten Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen nach SGB III und SGB VIII.

4. Auswirkungen auf die Jugendberufshilfe (JBH)

Die klassischen Auszubildenden der JBH kommen aus Familien, die jetzt Leistungen nach SGB II bekommen: Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Eltern mit psychischen, Alkohol- oder Drogenproblemen. Wegen des Vorrangs des SGB II (s.o.) haben Jugendliche aus diesen Familien jetzt aber nur noch dann einen Anspruch auf eine Ausbildung im HAP oder in der JBH, wenn die eigentlich zuständige ARGE (s.o. jetzt: team.arbeit.hamburg) ihnen keine entsprechenden Angebote machen kann. Eine Aufnahme dieser Jugendlichen in Ausbildungsprogramme der Bildungsbehörde ist deshalb nur möglich, wenn die zuständige ARGE bescheinigt, dass sie ihnen keinen Ausbildungsplatz anbieten kann.

Allerdings ist es für die Jugendlichen schwierig, eine solche Bescheinigung von der ARGE zu bekommen. Nicht weil die ARGE Ausbildungsplätze für sie hätte, sondern weil sie ungern bescheinigt, dass sie eben keine hat. So mussten beispielsweise viele der 11 SGB II Jugendlichen, die von den autonomen jugendwerkstätten im vergangenen Sommer eingestellt werden sollten (8), zwei- oder dreimal solche Bescheinigungen besorgen, bis die Formulierung für die Bildungsbehörde akzeptabel war.

Das bedeutet einen Aufwand, den viele HAP- und JBH-Träger scheuen und deswegen lieber gleich darauf verzichten, SGB II Jugendliche einstellen. Denn Bewerber gibt es ja angesichts der Lage auf dem Ausbildungsmarkt genug. Aber viele von ihnen sind nur »marktbenachteiligt« – d.h. sie könnten durchaus eine betriebliche Ausbildung machen – wenn es denn betriebliche Ausbildungsplätze geben würde. Sie brauchen den geschützten Raum einer außerbetrieblichen Ausbildung in der Jugendberufshilfe mit eigenem Sozialarbeiter und Förderlehrer gar nicht. Aber viele von den anderen, die diese Hilfen bitter nötig hätten, fallen jetzt aus dieser intensiven Förderung raus – denn sie werden ja von der ARGE versorgt.

5. Die Angebote nach SGB II

Zumindest sollten sie von der ARGE versorgt werden, denn § 3, Absatz 2 des SGB II sagt, dass »erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ... unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach diesem Buch in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln (sind)«. Soweit das Gesetz. Und die Praxis?

Eine Vermittlung von nicht qualifizierten, sozial benachteiligten Jugendlichen in Arbeit ist angesichts der Arbeitsmarktlage genauso aussichtslos wie eine Vermittlung in betriebliche Ausbildung, wie die Zahlen am Anfang des Textes belegen. Und außerbetriebliche Ausbildung? 2005 hat die ARGE in Hamburg 195 Ausbildungsplätze ausgeschrieben, 2006 bisher ca. 300. Angesichts der Situation ein Tropfen auf dem heißen Stein. Zumal keine Zahlen vorliegen, ob die ARGE in ihrem anfänglichen Chaos überhaupt in der Lage war, alle ausgeschriebenen Plätze auch zu besetzen. Von den oben erwähnten 11 Jugendlichen, die die autonomen jugendwerkstätten in diesem Jahr in die Ausbildung aufnehmen wollten, haben nur zwei eine Lehrstelle von ihrer ARGE angeboten bekommen (wodurch sie natürlich keinen Anspruch mehr auf Ausbildung im Rahmen der JBH haben), im letzten Jahr war es kein einziger.

Für den Großteil der SGB II Jugendlichen verbleiben also nur Arbeitsgelegenheiten – allgemein als 1-Euro-Jobs bezeichnet. Die mögen für qualifizierte Erwachsene, die nach längerer Arbeits-

Zur Person



Michael Nieselt ist Diplom-Soziologe und über die Offene Jugendarbeit in der Timotheus-Gemeinde in die Sozialarbeit eingestiegen. Seit 1984 arbeitet er bei den autonomen Jugendwerkstätten, hat er bis 2004 die Auszubildenden in der Gärtnerei betreut und arbeitet seither als Geschäftsführer bei den ajw.

losigkeit wieder an einen Arbeitsalltag herangeführt werden sollen, vielleicht noch sinnvoll sein. Aber was sollen Arbeitsgelegenheiten unqualifizierten Jugendlichen bringen? Die Wirtschaftsbehörde musste in einer eigenen Untersuchung einräumen, dass im Jahr 2005 nur 20 % aller Arbeitsgelegenheiten in einen regulären Arbeitsplatz mündeten. Nichtsdestotrotz machen Arbeitsgelegenheiten den überwältigenden Anteil an den Angeboten aus, die die ARGE ihren jugendlichen Kunden macht.

Da die ARGE aber nach SGB II § 3 Absatz 2 verpflichtet ist, ihren jugendlichen Kunden Integrationsangebote zu machen (s.o.), lässt sich durchaus die Meinung vertreten, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommt, wenn sie den von ihr betreuten Jugendlichen keine sinnvolle Arbeit oder Ausbildung, sondern stattdessen nur sinnlose Beschäftigungsmaßnahmen anbietet – zumal sie dazu durchaus die finanziellen Möglichkeiten hätte: 2005 hatte sie einen Großteil der vorhandenen 230 Mio. Euro nicht ausgegeben (9).

Aussichten

Für 2007 lässt sich nur hoffen, dass die mittlerweile in team.arbeit.hamburg umbenannte ARGE dem neuen Namen in so fern Rechnung trägt, dass sie zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den bei der BBS angesiedelten Akteuren findet, die seit über 20 Jahren Erfahrung mit der beruflichen Integration junger Menschen haben. Da das Geld vorhanden ist, sollte es möglich sein, den Jugendlichen zukunftsfähige Qualifizierungen statt Aufbewahrung anzubieten und die Maßnahmen – im Gegensatz zur Vergangenheit – auch finanziell so auszustatten, dass eine qualitativ vertretbare Betreuung, die bei den Bedarfen der Jugendlichen ansetzt, auch möglich ist.

Anmerkungen:

(1) BWP 3/2006, Zeitschrift des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BiBB)

(2) PERSONALmagazin 5/2005

(3) [www.good-practice.de/GPC/Publikationen/25 Jahre berufliche Benachteiligtenförderung](http://www.good-practice.de/GPC/Publikationen/25_Jahre_berufliche_Benachteiligtenförderung)

(4) BWP 1/2006, Zeitschrift des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BiBB)

(5) Pressemitteilung des DGB Hamburg vom 1.8.2006

(6) Nach einer Umfrage der Handelskammer Hamburg

(7) Hamburger Abendblatt vom 5.8.06

(8) Ungefähr ein Drittel der Bewerber in der Jugendberufshilfe bekommt SGB II Leistungen

(9) Hamburger Abendblatt vom 8.9.05

* Der Beitrag von Michael Nieselt war in leicht modifizierter Form erstabgedruckt in: FORUM für Kinder- und Jugendarbeit 3/2006



Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz

von Ole Schwede, DGB-Jugend

Der Zeitpunkt ist gut gewählt. Seit Jahren sinkt die Zahl der Ausbildungsplätze in Deutschland – trotz vollmundiger Versprechen beim »Nationalen Pakt für Ausbildung« zwischen den Wirtschaftsverbänden und der Bundesregierung. So erscheint folglich jeder Vorschlag willkommen, der zu mehr Ausbildungsplätzen führen soll. Neu in der Debatte: Ein »Runter mit den Auflagen beim Jugendarbeitsschutz« soll ein »Mehr an Plätzen« bringen.

Der Hintergrund. Zwei zentrale Gesetze regeln auf Bundesebene die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen Jugendlicher: Zum einem das Berufsbildungsgesetz (BBiG), das die Rahmenbedingungen und Standards der beruflichen Ausbildung regelt, zum anderen das Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG), in dem zahlreiche Bestimmungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren im Arbeitsleben festgeschrieben sind. Nachdem 2005 das Berufsbildungsgesetz nach einer mehrjährigen heftigen Auseinandersetzung zwischen Politik, Gewerkschaften und Arbeitgebern novelliert wurde, steht nun das Jugendarbeitsschutzgesetz im Zentrum der Auseinandersetzungen.

Die lange Geschichte der Konflikte um das Jugendarbeitsschutzgesetz in der Bundesrepublik wird damit um ein weiteres Kapitel ergänzt: Am 20. Mai 1960 wurde zum ersten Mal ein

umfassendes Gesetz erlassen, das sowohl das Verbot der Kinderarbeit als auch Jugendarbeitsschutzvorschriften enthielt. Dieses Gesetz wurde jedoch in der Praxis massiv unterlaufen. Die Gewerkschaften bezifferten die Zahl der jährlichen Verstöße auf über eine Million. Proteste und Initiativen der Gewerkschaftsjugend und anderer Jugendverbände führten schließlich dazu, dass der Bundestag 1976 mit den Stimmen aller Parteien ein überarbeitetes umfassendes Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedete.

Ein »Ausbildungsverhinderungsgesetz«? Ab den Achtzigerjahren geriet das Jugendarbeitsschutzgesetz durch fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze zunehmend unter Druck. Es wurde durch Arbeitgeberlobbyisten und ihnen nahestehende Politiker als »Ausbildungsverhinderungsgesetz« diffamiert. 1984 verabschiedete die Bonner Koalition von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der SPD und der Grünen eine Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Beschlossen wurde u.a.:

- Einführung der Samstagsarbeit für verschiedene Ausbildungsberufe,
- Wegfall von besonderen Pausenräumen für Jugendliche,
- Einführung der 8 1/2-stündigen Arbeitszeit,
- Ausbildung/Arbeit in mehrschichtigen Betrieben bis 23 Uhr.

Diese Aufweichungen des Gesetzes reichte den Arbeitgeberverbänden jedoch nicht aus. Zwölf Jahre später hatten sie erneut ihr Ziel erreicht und die CDU/CSU/FDP-Koalition bewilligte weite-

re Verschlechterungen, u.a. die Verpflichtung für über 18-jährige Azubis nach dem Berufsschulunterricht zur Arbeit in den Betrieb zurückzukehren.

Allways the same procedure. Nach den Verschlechterungen von 1984 und 1996 steht nun die dritte Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes an. Die Argumentation der lautesten Befürworter ist dabei wieder die gleiche: Angesichts zu weniger Ausbildungsplätze müsse die Ausbildung für die Unternehmen wirtschaftlich attraktiver werden. Ergänzt wird dies mit dem Argument eines veränderten Freizeitverhaltens unter den Jugendlichen. Stichwort: Wenn ein Jugendlicher unter 18 am Wochenende nachts im Kino, in der Disko oder in der Kneipe sein kann, dann kann er oder sie auch regelmäßig bis 23:00 arbeiten.

Einer der lautesten Befürworter einer Novellierung ist der saarländische Wirtschaftsminister Dr. Georgi, der u.a. vorher 27 Jahre lang Mitarbeiter der Industrie- und Handelskammer (IHK) des Saarlandes und davon 10 Jahre Hauptgeschäftsführer war. Insbesondere auf seine Initiative hin hat die Bundesregierung wieder eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes eingesetzt. Auf Grundlage einer Synopse des Saarländischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom Mai 2006 sollen in dieser Kommission insbesondere folgende Veränderungen beraten werden:

- die Höchstarbeitszeiten für die Gewährung von Ruhezeiten anzuheben (§ 11 JArbSchG),
- die Beschäftigungsverbote für Jugendliche zu bestimmten Tageszeiten und damit ihr Recht auf Nachtruhe drastisch einzuschränken (§ 14 JArbSchG),
- die Beschäftigungsverbote für Jugendliche an

Samstagen und Sonntagen einzuschränken bzw. aufzuheben (§§ 16, 17 JArbSchG),

- das Züchtigungsverbot für Arbeitgeber gegenüber Jugendlichen (§ 31 JArbSchG) nicht länger im Jugendarbeitsschutzgesetz zu regeln,
- die gesundheitliche Betreuung der arbeitenden Jugendlichen (§§ 32 – 46 JArbSchG) weitgehend von den Ländern regeln zu lassen,
- die Verpflichtung zur Einrichtung von Landesausschüssen für Jugendarbeitsschutz bei den Landesregierungen (§ 55 – 57 JArbSchG) komplett zu streichen.

Landauf – landab. Neben den Vorschlägen des Saarlandes berät die Bund-Länder-Arbeitsgruppe über Vorschläge des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA), Vorschläge des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) und des Sachverständigenrates zur Europäischen Sozialcharta. Folgende Bundesländer sind in der Arbeitsgruppe vertreten: Hamburg, Brandenburg, Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Rheinland-Pfalz und Thüringen.

Insbesondere Länder wie das Saarland und Baden-Württemberg drängen auf eine Verschlechterung der Schutzbestimmungen. Der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, und der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Mathias Platzeck, haben hingegen die Vorschläge des Saarlandes öffentlich zurückgewiesen und erklärt, sich weiterhin für einen starken Jugendarbeitsschutz einsetzen zu wollen. Der Hamburger Senat hat sich bisher weder gegenüber der Hamburgischen Bürgerschaft noch in Briefen und Gesprächen gegenüber den Gewerkschaften festgelegt. Die stellvertretende Bürgermeisterin und Sozialsenatorin Birgit Schnieper-Jastram erklärte lediglich, sie sehe großen Modernisierungsbedarf beim Jugendarbeitsschutzgesetz. Das Ergebnis der Bund-Länder-Arbeitsgruppe steht damit trotz der Dominanz der CDU-Länder noch nicht fest. Ein Ergebnis der Arbeitsgruppe wird im ersten Halbjahr 2007 erwartet, im Anschluss wird die Bundesregierung über einen Gesetzentwurf entscheiden.

Die Lager im Bundestag zeichnen sich jedoch schon heute ab. Während die FDP und Teile der CDU, u.a. auch der Wandsbeker CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Klimke, auf eine Verschlechterung der Schutzrechte minderjähriger Auszubildender drängen, haben bisher die Linkspartei und einige SPD-Abgeordnete wie Ottmar Schreiner, Klaus Brandner oder die Hamburger Niels Annen und Christian Carstensen erklärt, sich gegen eine Verschlechterung einsetzen zu wollen.

Es gibt zahlreiche Gründe sich gegen die diskutierten Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes auszusprechen.

Vorrang des Gesundheitsschutzes. Die Regelungen zur täglichen Arbeitszeit, zur Unterbrechung der Arbeit durch Pausen, zur Dauer der Nachtruhe und zum Nachtbeschäftigungsverbot wurden nicht willkürlich getroffen, sondern aus Gründen des Gesundheitsschutzes eingeführt. Minderjährige Jugendliche sind weniger belastbar als erwachsene Erwerbstätige. Sie benötigen längere Erholungszeiten zur Regeneration. Die Unterbrechung der Arbeit durch Pausen dient der Einnahme von Mahlzeiten und der Erholung. Ausreichende Nachtruhe ist aus medizinischen Gründen besonders wichtig für minderjährige, in der Entwicklung stehende Menschen. Wer eine Veränderung dieser Regelungen fordert, muss nachweisen können, warum sich dies in den vergangenen Jahren geändert haben soll. Wenn dieser Nachweis nicht geführt werden kann, erfolgen die Änderungen ohne jegliche Basis. Der Gesundheitsschutz von Jugendlichen wäre damit der Willkür unterworfen.

Wie wichtig ein besonderer Arbeitsschutz für Jugendliche ist, wird anhand der Unfallstatistik deutlich. Nahezu jeder fünfte Arbeitsunfall (19,6%) ereignet sich in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen. Im Jahr 2004 wurden bundesweit über 165.000 meldepflichtige Unfälle in dieser Altersgruppe registriert, in Hamburg waren es 2731. Doch als meldepflichtig gelten nur Arbeitsunfälle, bei denen eine versicherte Person durch einen Unfall getötet oder so schwer verletzt wird, dass sie mehr als drei Tage arbeitsunfähig ist. Die vielen »kleinen« Unfälle werden überhaupt nicht erfasst. Jugendliche sind damit übermäßig von Arbeitsunfällen betroffen. Es ist davon auszugehen, dass diese Gefährdung mit der Reduzierung von Pausen und Ruhezeiten noch zunehmen wird.

Darüber hinaus gibt es keine Ausbildungsinhalte, die nicht in der jetzt schon möglichen Ausbildungszeit vermittelt werden können. In dieser Frage besteht Einigkeit zwischen dem Hamburger Senat und den Gewerkschaften, aber auch ausgesprochene Befürworter einer Neuregelung wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Klimke teilen diese Einschätzung. Wenn eine Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz im Wesentlichen aber der Vermittlung von Ausbildungsinhalten dient und eher ein Erziehungs- als ein Arbeitsverhältnis darstellt, muss eine Regelung der Ausbildungszeit auch diesen Aspekt in den Vordergrund stellen. Ob die Aufnahmefähigkeit eines Jugendlichen am späten Abend oder in der Nacht besser ist als morgens oder am Nachmittag, muss stark bezweifelt werden.

Andere Interessenslagen. Zentrale Akteure auf der Seite der Befürworter einer Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes sind der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) und das Bäckerhandwerk. Ihr zentrales Anliegen ist die Ausweitung der zulässigen Arbeitszeit für

Zur Person



Olaf Schwede, 26 Jahre alt, seit 1996 in der DGB-Jugend aktiv, 2000 – 2006 Studium der Geschichte, Politik und Kirchen- und Dogmengeschichte, 2001 – 2002 und 2004 – 2007 Vorsitzender der DGB-Jugend Hamburg, 2002 – 2004 Bezirksjugendsekretär des DGB Nord



Aktion der DGB-Jugend: Mehr Rute statt Schutz für Jugendliche in Betrieben?

Minderjährige auf 4 Uhr morgens (statt 5 Uhr) und auf 23 Uhr nachts (statt 22 Uhr). Die Hintergründe für dieses Anliegen sind relativ einfach, haben aber wenig mit Ausbildungsinteressen zu tun:

Einer Stellungnahme der Fachgewerkschaft NGG zufolge, werden insbesondere im Hotel- und Gastgewerbe zunehmend sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse gegen Auszubildende ersetzt. Auszubildende werden hier oft als vollwertige aber schlecht bezahlte Dienstleistungskräfte eingesetzt. Studien des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BiBB) zu Kosten und Ertrag von Berufsbildungsverhältnissen zeigen klar, dass Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe nicht Geld kostet, sonder Erträge erwirtschaftet. Die Forderung der Arbeitgeber auf eine Verlängerung der Einsatzzeit auf 23:00 in diesem Bereich hat damit klar wirtschaftliche Interessen zum Hintergrund. Schon heute sind die Arbeitsbedingungen in diesem Sektor gerade für Jugendliche sehr schlecht. Dies wird auch in einer überdurchschnittlichen Abbrecherquote deutlich. Während die durchschnittliche Abbrecherquote für alle Ausbildungsberufe bei 21% liegt, beträgt sie z.B. für Köche 37,9%, für Restaurantfachkräfte 39,0%, für Hotelfachkräfte 30,7% und für Fachkräfte im Gastgewerbe 36,2%. Grund für diese hohen Abbrecherquoten sind häufig auch körperliche Überlastung durch lange Arbeitszeiten in dieser Branche. Die Ausweitung der Arbeitszeiten, die Verkürzung der Nachtruhe und die Ausweitung der Arbeitszeiten am Wochenende würden die Belastung für die Jugendlichen zusätzlich erhöhen. Eine Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes würde deswegen gerade in dieser Branche die Ausbildungsbedingungen verschärfen und den Abbau sozialversicherungspflichtiger

Arbeitsplätze fördern. Von den bundesweit 100.000 Auszubildenden im Hotel- und Gastgewerbe sind zur Zeit etwa 35.000 unter 18 Jahren, im Nahrungsmittelhandwerk sind von den 40.000 Auszubildenden sogar 50% unter 18 Jahren alt. Das Jugendarbeitsschutzgesetz scheint damit – entgegen der häufig geäußerten Behauptung – kein wirkliches Hindernis zur Einstellung Minderjähriger zu sein.

Ein weiteres wichtiges Argument für eine Verschlechterung der Schutzbestimmungen ist eine unverbindliche Umfrage unter Mitgliedsunternehmen der DEHOGA. Danach können sich die Unternehmen dieser Branche vorstellen bei einem Abbau der Schutzbestimmungen bis zu 3.000 Ausbildungsplätze mehr zu schaffen. Davon abgesehen, wie verbindlich diese Umfrage wirklich ist, muss in Frage gestellt werden, inwieweit angesichts der Verdrängungswirkung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung eine Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes wünschenswert ist. Während die Ausbildungsquote im Hamburger Dienstleistungssektor 2005 bei 3,5% und im industriellen Sektor bei 7,6% lag, erreicht das Hotel- und Gaststättengewerbe im Bundesdurchschnitt eine Quote von ungefähr 15%. Allgemein geht man von einer optimalen Quote von ungefähr 10% zur Reproduktion eines Ausbildungsberufes aus. Die Ausbildungszahlen im Bereich der DEHOGA sind seit Jahren steigend. Es gibt damit keinen Beleg für die Behauptung, dass Jugendarbeitsschutzgesetz sei ein Ausbildungshindernis. Im Übrigen haben auch die früheren Verschlechterungen beim Jugendarbeitsschutzgesetz oder andere Deregulierungen wie die Aussetzung der Ausbildereignerverordnung keine positiven Effekte auf den Ausbildungsmarkt gehabt: Seit Jahren steigt die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz dramatisch an. Die

Praxis zeigt, dass weitere Verschlechterungen beim Jugendarbeitsschutz wohl ebenfalls keine wirkliche Verbesserung der Ausbildungsmisere bringen würde.

Gesetz und Kontrolle. Das Jugendarbeitsschutzgesetz dient dem Schutz der Gesundheit Minderjähriger. Es kommt in der betrieblichen Praxis häufig zum Einsatz und besitzt bei vielen Aktiven der Gewerkschaftsjugend und bei Jugend- und Auszubildendenvertretungen einen hohen Stellenwert. Viele Missstände können unbürokratisch mit einem Verweis auf das Jugendarbeitsschutzgesetz geregelt werden. Trotzdem kommt es in der Praxis regelmäßig zu Problemen und Verstößen. Offiziell wurden 2002 bundesweit 3798 Verstöße von den Behörden festgestellt, 2003 nur noch 3008. Je nach Intensität der Kontrollen unterscheiden sich die Werte in den Bundesländern erheblich: Während 2002 in Mecklenburg Vorpommern 459 Verstöße erfasst wurden, waren es in Hamburg nur ganze 32. Schwache öffentliche Kontrollen machen es aber notwendig, dass es klare Gesetze gibt, die den Interessensvertretungen vor Ort in den Betrieben unbürokratisches Handeln ermöglichen. Auch deswegen benötigen wir ein starkes Jugendarbeitsschutzgesetz, das nicht dadurch entwertet wird, dass es regelmäßig der Konjunkturlage oder den Forderungen von Arbeitgeberlobbyisten angepasst wird.

Aussichten. Die Auseinandersetzung um die Veränderung des Jugendarbeitsschutzes wird in 2007 eins der wichtigsten Themen der Hamburger Gewerkschaftsjugend sein. Bisher haben schon zahlreiche Aktivitäten stattgefunden, u. a. sind bisher über 10.000 Postkarten gegen die Verschlechterung verteilt worden. Eine weitere Aktion startete Dezember 2006.

Wie bereits erwähnt, hat sich der Hamburger Senat in der Frage der Reform des Jugendarbeitsschutzes noch nicht öffentlich festgelegt. Die politische Diskussion ist in Hamburg jedoch entbrannt. Neben den Gewerkschaften haben sich bisher die Vollversammlung des Landesjugendrings und die Delegiertenkonferenz der Hamburger Jusos jeweils einstimmig gegen eine Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes positioniert. Diese Solidarität ist notwendig und wir sind als Hamburger Gewerkschaftsjugend für diese Unterstützung dankbar. In den nächsten Monaten werden wir verstärkt auf den Hamburger Senat zugehen. Spätestens wenn es in das Gesetzgebungsverfahren geht, wird der Senat um eine öffentliche Positionierung nicht herumkommen. Dabei wird er deutlich machen müssen, inwieweit der von ihm stets öffentlich propagierte Kinder- und Jugendschutz auch für erwerbstätige oder in Ausbildung stehende Minderjährige gilt.



Partnersuche auf russisch

von Maren Riepe, LJR-Hamburg

Vom 6. bis 13. September 2006 reiste eine achtköpfige Delegation von Vertretern Hamburger Jugendverbände mit dem Landesjugendring Hamburg (LJR) nach St. Petersburg. Mission dieser Reise war die Suche nach Partnern für den Jugendaustausch.

Viel hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in Russland verändert und auch die Institutionen der Jugend blieben von diesem Wandel natürlich nicht unbeeinflusst. Soviel war allen Teilnehmern der Reise im Vorhinein klar. Bereits in der Zeit der Perestroika fand eine Zersplitterung der bis dato stark vereinheitlichten Jugendverbandslandschaft statt. Die Komsomol, die staatliche Jugendorganisation der KPdSU, wurde zunächst zwar nicht aufgelöst. Es gründeten sich aber zahlreiche kleine, ganz unterschiedliche Verbände, zu deren Unterstützung Anfang der 1990er Jahre »Runde Tische der Jugend« auf Gebietsebene gegründet wurden. Wie genau gestaltet sich die Arbeit dieser neuen russischen Jugendorganisationen heute? Welche Interessen haben russische Jugendliche und ihre Verbände? Würden wir zuverlässige Partner finden? Mit diesen und vielen anderen Fragen im Gepäck reisten wir auf Einladung des »Runden Tisches der Kinder- und Jugendverbände« nach St. Petersburg. Für unseren einwöchigen Aufenthalt im »Venedig des Nordens« hatte »Runde Tisch St. Petersburg« ein abwechslungsreiches und interessantes Programm zusammengestellt. Wir lernten nicht nur viele der touristischen Sehenswürdigkeiten der Stadt kennen, sondern besuchten auch zahlrei-

che Jugendverbände und -initiativen und trafen Vertreter der staatlichen Jugendbehörden. Zudem nahm unsere kleine Delegation als eine der zahlreichen Mannschaften am Treffen der St. Petersburger Jugendverbände im Camp Lena teil. Bei diesem Großereignis rund 100 Kilometer nördlich von St. Petersburg, nahe der finnischen Grenze, messen sich all jährlich rund 200 Jugendliche in so ausgefallenen Sportarten wie »Wasserbomben-Volleyball«, Kanu-Slalom und Torten-Bau. Russische Pfadfinder, nationale und ökologische Jugendverbände, parteinahe Jugendorganisationen sowie studentische Vereinigungen zelten an einem Flussarm und verbringen zusammen ein Wochenende. Neben diesem einfallreichen und mit viel Liebe zum Detail organisierten Jugendcamp beeindruckten uns auch die zahlreichen Aktivitäten der St. Petersburger Jugendverbände in der Stadt. Mit wenig Mitteln und großem Engagement wird hier gearbeitet. So besuchten wir z.B. den Verband »Kultur-Vorposten«, in dem sich Kinder und Jugendliche versammelt haben, um historische Spiele und Zeltlager durchzuführen. Mitten im Wohngebiet haben sie von der Stadt eine eigene kleine Wohnung zur Verfügung gestellt bekommen. Diese ist mit vielen historischen Karten und eigenen Funden ausgestattet und wird von den Kindern und Jugendlichen sorgsam gepflegt.

Das Projekt »Perspektive«, eine Initiative für Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit, versucht diesen eine sinnvolle Beschäftigung zu ermöglichen, organisiert Arbeitswerkzeug und Werkstattplätze, so dass manch einer auch ein wenig Geld verdienen kann. Die Studenten-

organisation der Nord-West Beamten-Akademie kümmert sich um die Interessen der Studierenden und zukünftigen Staatsdiener. In ihrer Stammkneipe »Mob Joint« trafen wir Jugendliche der parteinahen Jugendorganisationen »Junge Garde«, die sich der Putin-Partei »Eingest Russland« verbunden fühlen. Beim Besuch des ehemaligen Zarendomizils in Peterhof diskutierten wir mit Jugendlichen der Organisation »Junges Europa« und der Jugendorganisation der Oppositionspartei »Apfel« über die Jugendverbände in Russland und Deutschland sowie die gemeinsame Zukunft in Europa.

In dem Arbeitsraum des »Runden Tisches« erklärten der Vorsitzende Alexander Kostrikin und die internationale Sekretärin Veronika Fedorova uns Strukturen und Gesetzgebung der russischen Jugendverbandsarbeit. Zudem sprachen wir durch ihre Vermittlung mit Herrn Sergey Grischin, dem Vorsitzenden des Komitees für Jugendpolitik und Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen der Stadtverwaltung. Im Stadtparlament im prachtvollen Mariinski Palast gibt seit einigen Monaten einen Jugendrat, der auf Initiative des »Runden Tisches« ins Leben gerufen wurde und die Regionalpolitiker in allen Jugendlichen betreffenden Fragen beraten soll. Auch mit einem Vertreter dieser neuen Institution konnte der »Runde Tisch« für uns einen Termin organisieren. Dass der »Runde Tisch« gut organisieren kann und eng mit seinen Mitgliedsorganisationen zusammenarbeitet, stellte auch der kulturelle Teil unseres Programms unter Beweis. Denn vielmals verhalfen uns die guten Kontakte zu freiem Eintritt oder kostenlosen Führungen.

Zum Abschluss unseres Besuchs lud der »Runde Tisch« zu einer Barkassenfahrt auf der Neva ein, dem Fluss, der sich mit seinen zahlreichen Nebenarmen und Kanälen durch ganz St. Petersburg zieht. Rund 20 russische Jugendliche ganz unterschiedlicher Jugendverbände begleiteten uns bei dieser Fahrt. Vom Wasser aus konnten wir so noch einmal diese schöne, historische Stadt bewundern und uns bei unseren zahlreichen neuen Freunden bei einem selbst gemachten Buffet verabschieden. Für den Mai 2007 freuen wir uns schon jetzt auf einen Gegenbesuch. Denn im Mai nächsten Jahren sollen auch die Feierlichkeiten der Stadt Hamburg anlässlich des 50-jährigen Städtepartnerschaftsjubiläum mit St. Petersburg stattfinden, die wir dann gemeinsam begehen können. Wer noch Lust und Zeit hat, sich am Programm des Gegenbesuchs zu beteiligen, ist dazu herzlich eingeladen.



Rückschau nach vorn

Austausch mit der Shanghai Youth Federation im September 2006

Der Besuch der Shanghai Youth Federation beim Landesjugendring in Hamburg markierte einen Wendepunkt der Beziehungen. Die Zeit des vorsichtigen Beschnüpperns ist vorbei.

Wenn westliche Politiker nach China aufbrechen, dann zerbrechen sie sich zumeist die Köpfe darüber, wie vermutlich heikle Themen – wie etwa Menschenrechtsfragen – so anzusprechen sind, dass weder die chinesische Seite sich brüskiert sieht, noch daheim die Presse lamentiert, zugunsten von Wirtschaftsinteressen würden brisante Fragen einfach ausgeklammert. Herauskommt in der Regel ein diplomatischer Eiertanz: für jede Seite ist etwas dabei.

China und das Internet gilt gemeinhin als brisantes Thema – zumal die Nachrichten aus China widersprüchlich sind. Die Zahl der Internetnutzer wächst einerseits rasant und mit 130 Millionen chinesischen Internetnutzern zählt Chinesisch inzwischen zur zweitwichtigsten Sprache im Netz. Zudem erfreuen sich interaktive Anwendungen wie Foren und Chats einer Beliebtheit bei Jugendlichen in China, die weitaus größer ist als im Westen. Andererseits versucht die kommunistische Regierung immer wieder, den Zugang zu in ihren Augen kritischen Websites zu blockieren

und unterbindet Blogs, wenn sie über die Stränge schlagen und Maßnahmen der Politik ins Visier nehmen.

Mit der Podiumsdiskussion »Chinas Jugend online« im Rahmen der »ChinaTime Hamburg 2006« hatte der Landesjugendring das spannende und brisante Thema aufgegriffen und gemeinsam mit »umdenken/Heinrich-Böll-Stiftung« realisiert. Das Podium war mit Prof. Joan Bleicher vom Hans-Bredow-Institut an der Uni Hamburg und Jens Damm von der Uni Berlin hochkarätig besetzt. Das für uns Entscheidende dabei war jedoch: an der Diskussion nahm der Delegationsleiter der Shanghai Youth Federation, Cai Zhong, teil. Dass es uns gelungen ist, bei diesem für chinesische Offizielle heiklem Thema eine gemeinsame Veranstaltung aufzulegen, also nicht allein mit Experten »über« China sondern mit einem chinesischen Delegierten über Perspektiven und Probleme der chinesischen Internetentwicklung zu debattieren, ist ein Erfolg, der nur den wenigen Veranstaltern der ChinaTime gelungen ist. Dieser Erfolg weist zudem in die richtige Richtung beim Austausch zwischen dem LJR und der Shanghai Youth Federation: über das gegenseitige Kennenlernen von Land und Partner hin-

aus auf die Thematisierung jugendpolitischer Differenzen und Ansichten. Daran wird sich der Landesjugendring in Zukunft orientieren. Mit der Shanghai Youth Federation wurde zudem vereinbart, nach Möglichkeit auch den Kreis der Teilnehmenden am Austausch über Multiplikatoren hinaus auf Jugendliche auszuweiten.

Das LJR-Besuchsprogramm 2006 für die fünf Shanghaier Delegierten bestand aus einer Mischung von Arbeitstreffen, Besuchen bei Jugendverbänden und staatlichen Einrichtungen sowie kulturellen Stippvisiten. Um unseren Gästen das Spektrum der Jugendverbandsarbeit zu exemplifizieren, zeigte zum einen die Katholische Studierende Jugend auf, wie Jugendverbandsarbeit in der Schule gelingen kann. Grenzgänge anderer Art dann bei der Sportjugend: der Hamburger Tischtennisverband präsentierte, wie Strukturen sportlicher Jugendverbandsarbeit bis hinauf zur gezielten Leistungsförderung ineinander greifen. Dass Einmischen in die Politik ebenfalls zum Spektrum zählt, erwies der Landesjugendring in Mecklenburg-Vorpommern. Beim Arbeitstreffen wurde die Aktion »Laut gegen Rechts« vorgestellt, über die der LJR-MV im Vorfeld der Landtagswahl versuchte, engagiert gegen neonazistische Wahlentscheidungen unter Jugendlichen aufzuklären. Am Beispiel des Bezirksjugendamtes in Bergedorf erhielten die Gäste schließlich noch Einblick in Funktion und Strukturen regionaler Jugendhilfeplanung. (jg)

Anzeige


BERNHARD ASSEKURANZMAKLER GmbH
 – international –

Partner des Landesjugendrings Hamburg e.V.
 Wir versichern alle Massnahmen, Veranstaltungen und Einrichtungen
 Abteilung III für die Bereiche Jugend, Bildung, Kultur und Freizeit

Mühlweg 2b • D-82054 • Sauerlach
 Telefon: 08104 / 89 16 28 • Fax: 08104 / 89 17 35
www.bernhard-assekuranz.com

Wachsende Stadt – ortlose Jugendverbände?

von Marc Buttler, Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände (AGfJ) und Mitglied des Jugendhilfeausschuss Wandsbek

Jugendverbände brauchen Räume. Einige wenige dieser Räume stellt die Stadt zur Verfügung. Drei Jugendverbände mussten 2006 die Erfahrung machen, dass dies nicht überall ein sicheres Fundament ist

Im Zuge des Konsolidierungsprogramms des Finanzsenators werden sämtliche Immobilien im städtischen Eigentum auf den Prüfstand gestellt. Hierzu gehörte auch eine kleine Reetdachkate im Schröder's Elbpark in Othmarschen, die der Bund Deutscher Pfadfinder/innen (BDP) nutzt.

Unzuständigkeiten. Im März 2006 kündigte das Bezirksamt Altona, auf Anweisung der Finanzbehörde, dem BDP die weitere Nutzung ohne vorherige Ankündigung zum 30.4. des Jahres. Gesprächswünschen des Trägers wurde sich zunächst versperrt. Der Bezirk argumentierte, er könne für den Jugendverband nichts tun, er würde nur die Anweisungen der Finanzbehörde umsetzen. Ähnlich argumentierte zunächst die Sozialbehörde; da der Träger in Altona ansässig sei, sei auch das dortige Bezirksamt in der Pflicht. Versuche, mit den beteiligten Behörden ins Gespräch zu kommen, scheiterten mehrfach an der Finanzbehörde, die sich nicht in der Verantwortung sah, sich mit der Angelegenheit überhaupt zu beschäftigen. Nicht ganz allerdings, »Protokollfragen« wurden dort eifrig bearbeitet. Die AGfJ, die sich in der Angelegenheit an die zweite Bürgermeisterin gewendet hatte, erhielt eines Tages ein Anruf aus dem Büro des Finanzsenators, mit dem dieses signalisierte, dass es nun auch dieses Schreiben zur Kenntnis genommen habe. Die Tatsache allerdings, dass im Büro des Ersten Bürgermeisters ein weiteres Schreiben – wohlgernekt weder von der AGfJ veranlasst oder geschrieben – zu diesem Thema eingegangen sei, sei eine Verletzung des »Protokolls« und es müsse doch wohl bekannt sein, dass man sich nicht in der selben Angelegenheit an zwei Bürgermeister wenden könne.

Nachdruck. Das Thema wurde sowohl von der Presse, als auch von der jugendpolitischen Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Andrea Hilgers, und der Fraktionsvorsitzenden der GAL, Christa Goetsch, aufgegriffen, die sich für den BDP einsetzten und in zahlreichen bürgerschaftlichen Anfragen den Senat um Aufklärung baten. Aus den Antworten des Senats ergaben sich Nachfragen und Widersprüche. Weder war in Altona der Jugendhilfeausschuss (JHA) mit dem Thema beschäftigt worden, noch

konnte der Senat Zweifel an der Rechtmäßigkeit seines Vorgehens ausräumen. Auch die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs, den der BDP gegen die »Kündigung« des »Mietvertrages« eingelegt hatte, wurde nun anerkannt.

Zwischenzeitlich sah es so aus, als würde der Streit endgültig eskalieren. Die Finanzbehörde drohte mit dem Aufbrechen von Türschlössern, der BDP ging dagegen mit Anträgen vor dem Verwaltungsgericht vor, als der Altonaer Bezirksamtsleiter, Hinnerk Fock, den BDP, Sozial- und Finanzbehörde, sein Jugend-, Rechts- und Gartenbauamt, AGfJ und LJR im Juni zu einem Runden Tisch einlud. Obwohl auch hier die Liegenschaftsabteilung der Finanzbehörde durch Abwesenheit glänzte, einigten sich die Beteiligten nunmehr gemeinsam auf die Suche nach einer Ersatzlösung zu gehen. Diese konnte schließlich im Oktober mit dem Gebäude des ehemaligen Spielhauses Zeiseweg auch gefunden werden.

»Versilbern« anderswo? Entsprechende Erfahrungen mit der Finanzbehörde durfte auch der Pfadfinder- und Pfadfinderinnenbund Nord (PBN) im Sommer machen. Ein Stamm des Verbandes nutzt den ehemaligen Jugendclub im Justus-Strandes-Weg für seine Arbeit und musste diesen vorübergehend verlassen, da der schlechte bauliche Zustand eine weitere Arbeit im Gebäude unmöglich machte. Mit dem Bezirksamt und der Sozialbehörde konnte sich der Verband schnell und unbürokratisch auf eine Lösung einigen, die ein fast nahtloses Weiterarbeiten auf dem Gelände ermöglicht hätte. Dem Plan, auf dem Gelände vorübergehend Container aufzustellen, versperrte sich einzig die Finanzbehörde, die eigentlich die Interessen der Stadt als Eigentümerin vertreten soll. Die Politik der Finanzbehörde, die auch dieses Grundstück »versilbern« möchte und der die Position von Bezirksamt und Sozialbehörde nicht so bedeutend erschien, bestand wiederum im Nichtstun und dem Verweigern von Gesprächen – für das Problem sei man ja nicht zuständig.

Erst als der JHA sich des Problems annahm, es an die Bezirksversammlung verwies, die einstimmig für einen Verbleib des PBN an diesem Ort votierte, konnte der Bezirksamtsleiter die Finanzbehörde schließlich doch noch dazu bewegen, im Oktober an einem »Runden Tisch« teilzunehmen. Der PBN erhielt die Erlaubnis, seine Container aufzustellen und auch über den Erhalt des Grundstücks für die Jugendarbeit wird z.Zt. verhandelt.

Und noch ein Fall. Nicht beteiligt war die Finanzbehörde an der versuchten Schließung des Jugendgruppenheimes Berner Allee. Hier nutzt die junge gemeinschaft (j.g.) seit den 1970ern

und vor ihr die SJD/Die Falken und andere Jugendverbände seit 1945 ein ehemaliges Heim der Hitler-Jugend für ihre Gruppenarbeit. Im gesamten Bezirk Wandsbek, mit über vierhunderttausend Einwohnern immerhin der größte Bezirk der Hansestadt, gibt es darüber hinaus nur ein weiteres Jugendgruppenheim.

Nachdem die benachbarte Schule eine Mitnutzung des Hauses Ende der 1960er Jahre aufgab, zog eine Kindertagesstätte der AWO ein, die zunehmend mehr Platz in Anspruch nahm. Nachdem die Kita auch den einzig verbliebenen Jugendgruppenraum des Hauses mit nutzte, die j.g. hatte sich hierzu bereit erklärt, da sie ihn Vormittags nicht benötigte, war aus dem Jugendgruppenhaus Berner Allee – jedenfalls in der Wahrnehmung der Kita – eine Kita mit einem Jugendverband als Untermieter geworden.

Um Platz für ein erweitertes Angebot zu schaffen, strebte die AWO einen Auszug der j.g. an und teilte dem Jugendamt mit, man würde den Raum der j.g. nunmehr benötigen. Statt die AWO auf die Funktion des Hauses hinzuweisen reagierte das Jugendamt Rahlstedt mit der Aufforderung an die j.g., diese hätte das Haus bis Ende 2006 zu räumen. Im Laufe der Jahre hatte sich wohl auch hier die Wahrnehmung verschoben, der Jugendverband wurde als Anhängsel der Kita wahrgenommen und sollte weichen, bei der Suche nach Ersatzräumen könne man ja »behilflich« sein. Eine Beteiligung des Jugendhilfeausschusses war auch hier von Seiten des Jugendamtes zunächst nicht geplant, bis dieser die Beteiligten selbst einlud. Nunmehr – der Dezernent hatte die »Kündigung« gestoppt – zeichnet sich eine Lösung ab, die eine Nutzung des Hauses für Zwecke der Jugendverbandsarbeit und der Kita ermöglichen könnte. Durch einen Umbau des Hauses kann anderweitig Platz für die Kita geschaffen werden.

Wo liegt das Problem? Insbesondere die Bezirksämter, die Sozialbehörde und deren Mitarbeiter haben sich sehr für die betroffenen Jugendverbände eingesetzt, so dass man nicht von gezielten Aktionen sprechen kann. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass die Stadt von dem politischen Ziel abbrückt, Jugendverbänden Räume zur Verfügung zu stellen. In allen drei Fällen ist jedoch festzuhalten, dass ein Teil des Problems auch in der Unkenntnis liegt, wo und in welchen Räumen Jugendverbände tätig sind, gerade die Finanzbehörde scheint über solche Informationen nicht zu verfügen, oder aber sie sind für Verkaufsentscheidungen nicht von Bedeutung. Die alles umfassende Perspektive einer »wachsenden Stadt« darf nicht zu Blindstellen in den genannten Teilen ihrer Lebenswelt führen.



respekt*4 ein Wochenende, das Mut macht

von Jan Jetter, Arbeitsgemeinschaft freier
Jugendverbände

Es ist bald 23 Uhr am Samstagabend bei respekt*4, es herrscht gespannte Stille im Saal, man könnte die berühmte Nadel auf den Boden fallen hören, als Fritz Bringmann sagt: »Es ist nun an Euch – der jungen Generation – in unserem Sinne weiter gegen den Faschismus zu kämpfen!«. Gänsehaut, Standing Ovation des Publikums, berührte aber auch strahlende Gesichter bei allen Anwesenden im Raum am Ende dieses bewegenden Programmpunktes von respekt*4. Fritz Bringmann, der 89jährige Kommunist und Überlebende verschiedener nationalsozialistischer Konzentrationslager, hat lange und ausführlich aus seinem Leben erzählt und stand dem Publikum für viele Fragen Rede und Antwort. Ein außerordentlich konzentriertes und interessiertes Publikum hatte vorab schon einer Lesung ausführlicher Passagen aus Fritz Bringmanns Biographie gelauscht.

Aus dem Leben eines Antifaschisten. Gerade siebzehnjährig wird der Lübecker Handwerkslehrling Fritz Bringmann von der Gestapo verhaftet und von brutalen SS-Schergen im berüchtigten Konzentrationslager Fuhlsbüttel (Kola-Fu) gefoltert. Er hatte die Parole »Nieder mit Hitler« an eine Wand gemalt. Es folgen vier lange Jahre im KZ Sachsenhausen und 1940 die Verlegung in das zentrale Konzentrationslager im Norden Deutschlands, nach Neuengamme. Fritz Bringmann berichtet von den Qualen und dem vielfachen Tod im KZ. Neben der unmenschlichen Behandlung durch die SS beschreibt er aber auch die große Solidarität der Gefangenen: »Ohne die Solidarität hätte ich nicht überlebt. Sie ist für mich der größte Wert bis heute.« Empört berichtet er davon, wie nach dem Krieg alte Nazis nicht

nur in seiner Heimatstadt Lübeck wieder das Sagen bekommen. Er wird von den Behörden schikaniert, weil er immer noch Kommunist ist, die Bestrafung von SS-Verbrechern fordert und sich gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik einsetzt. Und schließlich spannt der Ehrenpräsident der »Amicale Internationale de Neuengamme« den Bogen zur Gegenwart und fordert die Anwesenden dazu auf, im Sinne der Überlebenden nicht nachzulassen im Kampf gegen Rechts. Sein Appell hat an diesem Abend sicherlich viele Anwesende nachhaltig erreicht – noch lange reden die Besucher/innen über das Gehörte. Der Höhepunkt von respekt*4 hat bei den über 150 Gästen viel Stoff für Diskussionen und Gespräche geschaffen ...

respekt*4 mit neuem Besucherrekord. Am 19./20.11.06 fand im KÖLIBRI, einem Stadtteilzentrum in St. Pauli, »respekt*4 – gegen alltägliche Gleichgültigkeit« statt. Erneut organisierten die Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände (AGfJ) und der Pfadfinder- und Pfadfinderinnenbund Nord (PBN) gemeinsam dieses große Aktionswochenende zu den Themen Rassismus, Antisemitismus und NS-Vergangenheit. Das Jugendmagazin Freihafen, ein Projekt der jphh, beteiligte sich als Medienpartner an der Aktion. Dass sich »respekt« mittlerweile als beliebte Veranstaltung etabliert hat, zeigen die gestiegenen Besucher/innenzahlen in allen Veranstaltungsteilen von respekt: Im ganzen haben 400 Besucher/innen am respekt-Wochenende an den verschiedenen Programmpunkten wie Workshops, Lesung, Diskussionen, Vortrag usw. motiviert und engagiert teilgenommen – ein absoluter Besucherrekord!

Informieren – Diskutieren – Agieren! So diskutierten am Samstagnachmittag die Teilnehmenden in fünf verschiedenen Workshops über Strategien gegen Rechts: Es war Thema, welche Kleidercodes die Naziszene nutzt und dass es

notwendig ist, diese Codes zu demaskieren. Überfüllt war der Workshop, der der Frage nachging, wie die Rechten mit satirischen Mitteln bekämpft werden können. Ebenso wurden in einem Workshop Strategien praktisch erprobt, wie man im Alltag rassistischen Sprücheklopfern entgegentreten kann. Für viel Diskussionsstoff sorgte das Thema zu Erscheinungsformen des Antisemitismus, in dem kontrovers diskutiert wurde, dass in der Auseinandersetzung mit Israel in nicht wenigen Fällen antisemitische Stereotypen mitschwingen. In Überleitung zu dem Abend mit dem antifaschistischen Widerstandskämpfer Fritz Bringmann wurde am Beispiel der Gedenkstätte Neuengamme in einem weiteren Workshop die Notwendigkeit der Erinnerungspolitik thematisiert.

»NPD-Verbot – Warum nicht?« Auch das politische Frühstücksmatinée mit leckerem Brunch und Musik von »Feinkost« am Sonntagmittag platzte aus allen Nähten. Neben dem Futter für den Bauch gab der Journalist Andreas Speit reichlich Kost zum Nachdenken mit auf dem Weg: In seinem Vortrag »NPD goes Mainstream« stellte er die gefährlichen Strategien der NPD in Verbindung mit sog. »Kameradschaften« dar, die auf der einen Seite durch den »Kampf um die Parlamente« die Mittel der Demokratie für sich nutzen, dies den politischen Gegnern jedoch zu verweigern und sie notfalls mit Gewalt und brutalem Straßenterror an der Ausübung demokratischer Rechte hindern. Auf die Frage nach einem NPD-Verbot antwortet Speit: »Warum nicht? – Inhaltlich hätten sie es verdient! Gescheitert ist das Verfahren nur an formalen Fragen.«

Traurige Aktualität erlangte der Vortrag über die Gefährlichkeit der Nazis durch die Meldung, dass die zweite geladene Referentin, die Journalistin Andrea Röpke, nicht kommen konnte, da sie vor einer Veranstaltung in Brandenburg von Nazis verfolgt und in einem Supermarkt vor Dutzenden Zuschauern brutal zusammengeschlagen wurde. Ein Argument mehr für alle Anwesenden, den Nazis entgegenzutreten, wo immer es geht.

Alle zufrieden – respekt! Vielfältige Ausstellungen, Büchertische und Infos, anregende Diskussionen, spannende Workshops, interessante Begegnungen, respekt-T-Shirts und respekt-Schlüsselbänder, Aktionen und Ideen und eine Menge Spaß – für all das steht ein erfolgreiches respekt*4-Wochenende in schöner, gemütlicher und anregender Atmosphäre. Eine Vielzahl ehrenamtlicher Aktiver hat respekt ermöglicht und deutlich gemacht: Es ist möglich, den Nazis, den Rassisten und Antisemiten aktiv etwas entgegenzusetzen – und es gibt Viele, die daran ein Interesse haben und aktiv werden wollen. AGfJ und PBN könnten sich kein zufriedeneres Fazit vorstellen.

respekt*5 am 17./18.11.2007 sollte schon jetzt in den Kalendern vorgemerkt werden!

Die WirkungsStätten

Die Serie stellt WirkungsStätten der Hamburger Jugendverbände vor. **punktum** schaut diesmal über den Tellerand. Anstelle der ehrenamtlichen Lebenswelt geht es um junge Menschen und ihre Interessen in der Arbeitswelt. Exemplarisch für die vielen Jugend- und Auszubildendenvertretungen in der Hamburger Wirtschaft beschreibt unsere Autorin die »JAV« der Hamburg Port Authority.

Findige Vertreter

von Bianca Gerlach

Die JAV – die Jugend- und Auszubildendenvertretung – der Hamburg Port Authority, setzt sich dafür ein, dass es jungen Angestellten im Betrieb gut geht. Dafür lassen sie sich einiges einfallen – und auf keinen Fall abwimmeln. punktum war einen Morgen lang Gast auf einer ihrer Sitzungen.

»Hrrggghää«, räuspert sich Heide geräuschvoll. Ihr Blick fest auf die beiden Jugendlichen gerichtet, die sich gerade an einem Thema festgebissen haben, das hier keinen Platz hat. Ihre Augen fixieren die Zwei, die Augenbrauen streng nach oben gezogen, eine Gestik, die keine Zweifel lässt, zur Ruhe ermahnt. Mit Erfolg. Nun ja, fast. Ganz so ernst geht es in dieser Runde nicht zu. Schnell werden noch zwei Sätze ausgetauscht. Dann drehen sich die Beiden wieder zu Heide um und sind wieder bei der Sache. An diesem Morgen treffen sich, wie jeden zweiten Mittwoch im Monat, die Vertreter der JAV, der

Jugend- und Auszubildendenvertretung der Hamburg Port Authority (HPA). Um sieben Uhr morgens, dem regulären Arbeitsbeginn, starten die fünf, zwischen 18 und 23 Jahren alt, im Sitzungssaal des Hamburger Hafenmanagements, um über aktuelle Probleme der Auszubildenden und Jugendlichen im Betrieb zu sprechen. »Die JAV ist ein gesetzliches Gremium«, erklärt Heide Humburg, 23 Jahre alt, gelernte Holzmechanikerin und seit März für zwei Jahre in den Vorstand gewählt. »Jeder Betrieb ab fünf Auszubildenden kann eine solche Interessensvertretung gründen. Wir überwachen etwa die Qualität der Ausbildung und machen Vorschläge, wie Arbeitsabläufe aussehen könnten. Außerdem geben wir jeden Monat ein Infoblatt für die Jugendlichen im Betrieb heraus«, erzählt die dunkelblonde, junge Frau mit den kurzen Haaren und wachsamem, blauen Augen. Weiterhin überprüft die JAV, ob die Ausbildungsbedingungen stimmen, die Arbeitszeit sowie Urlaub, Geld und allgemein der Ausbildungsablauf.

An diesem Morgen stehen auf der Einladung, die zur heutigen Sitzung bittet, insgesamt sechs Punkte auf der Tagesordnung. Darunter die Verhandlung mit dem Chef um die Übernahme der

Auszubildenden, die in Kürze ihre Lehrzeit beenden werden. »Ich weiß nicht, wie weit ihr auf dem Stand beim Thema Übernahme seid. Sechs von 16 Auszubildenden sollen übernommen werden. Beim letzten Lehrjahr wurde uns fest zugesagt, dass alle, die eine Übernahmeempfehlung haben, für ein halbes Jahr einen Vertrag bekommen. Dieses Mal haben wir für die anderen Azubis noch keinerlei Zusagen«, bringt Heide das Thema zwei der Tagesordnung auf den Tisch. Mit ihr im Raum sitzen Anneke, 23 Jahre alt, angehende Holzmechanikerin, Dunja, 18 Jahre, im dritten Lehrjahr zur Gärtnerin, Kai, ebenfalls 18 und Elektroniker für Betriebstechnik in spe und Sven, zwei Jahre älter und Auszubildender zum Industriemechaniker. Sie sitzen verteilt an einer u-förmigen Tischformation, kein Kaffee, keine Kekse auf dem Tisch. Draußen stockdunkel, drinnen kahl – und die Jugendlichen hellwach. »Ich glaube nicht, dass wir darauf pochen sollten, dass jeder übernommen wird«, sagt Anneke, blonde Haare mit bunten Strähnen, ein kleines Piercing blitzt in ihrem Nasenflügel. »Dann haben wir es nächstes Mal noch schwerer, irgendwelche Zusagen für die kommenden Übernahmen zu bekommen«, fährt sie fort. »Ach, Du meinst, dass wir dann womöglich nicht mehr ernst genommen werden? Weil wir jeden durchschleifen wollen?« fragt Dunja, die angehende Gärtnerin. »Ja, das könnte passieren«, denkt sie laut weiter nach. Die fünf JAVis diskutieren. Sprechen über zwei Auszubildende, die womöglich durch die Prüfung fallen. Beratschlagen, wie sie den beiden helfen können. Keine despektierlichen Bemerkungen, ganz sachlich sprechen sie über die Chancen der zwei »Problemfälle«. »Aber



Früh morgens bei der Hamburg Port Authority



die ist – jetzt mal ganz ehrlich – wirklich faul«, wirft Kai ein. »Ich habe sie schon mal erlebt. Die hat keinen Finger gerührt in der ganzen Zeit, in der wir zusammen gearbeitet haben«, sagt er weiter. Alle schmunzeln. »Aber sie hat auch eine Chance verdient«, schaltet sich Heide mit ruhiger Stimme ein. Sie hat sich eine ganze Weile zurückgehalten, die anderen diskutieren lassen. Mit diesem Satz fängt sie das ausufernde Gespräch wieder ein. Ganz unaufdringlich. »Ja, ja, klar. Natürlich hat sie eine Chance verdient«, unterstützt Dunja die leichte Rüge von Heide. Bei den nächsten Kommentaren steht wieder nur das Wesentliche im Vordergrund. Das Ergebnis: Kai und Heide werden ein Gespräch mit dem Chef führen, die anstehende Übernahme auf den Tisch bringen und die ungeklärten Übernahmen in der Personalratsversammlung vorbringen.

Im Gegensatz zu den Verbänden, die im Landesjugendring organisiert sind, machen die JAVis keine Jugendarbeit, sondern sind eine Vertretung der Jugendlichen bis 25 Jahren sowie der 24 Auszubildenden pro Lehrjahr, die bei der Hamburg Port Authority beschäftigt sind. Für die Vorsitzende Heide Humburg ist allerdings auch die Arbeit im Verband keine unbekannte Beschäftigung. Seit Beginn ihrer Ausbildung engagiert sie sich in der Gewerkschaft, ist aktives Mitglied sowohl in der DGB-Jugend als auch bei der ver.di-Jugend. »Für mich war klar, wenn ich arbeite, möchte ich mich in einer Gewerkschaft organisieren«, erklärt Heide. In den Gruppen plant sie etwa Aktionen, wie man auf das Problem der Übernahme nach Ende der Lehrzeit aufmerksam machen kann. »Wenn man wollte, könnte

man sich da jede Woche einmal treffen«, sagt sie. »Aber mir reicht es, wenn ich nur einmal im Monat dabei bin – oder eben, wenn gerade aktuell etwas ansteht«, erzählt sie weiter. In der JAV ist sie seit März 2006 Vorsitzende – und profitiert dabei von ihrem Hintergrund in der DGB-Jugend: »Dort habe ich zum Beispiel gelernt, wie man strukturiert eine Sitzung leitet. Auch politisch habe ich eine Menge mitbekommen. Dinge, die über den Betrieb hinaus eine Rolle spielen, etwa welche Rechte man als Angestellter hat. Dazu gehört auch, dass wir in der Gewerkschaft über das Übernahme-Problem gut informiert werden«, fasst Heide zusammen. Mit ihrem Vorsitz in der JAV hat sich der Wind im Betrieb für die Jugendlichen bereits kräftig gedreht. »Bei uns haben sie schon gemerkt, dass wir hartnäckiger sind. Die vorherigen Vertreter waren nicht so aktiv. Wussten auch nicht so wirklich, was zu ihren Aufgaben gehört. Wenn da ein Vorgesetzter mal gesagt hat, dass sie mit ihren Forderungen nicht im Recht wären, haben sie sich oft einschüchtern lassen«, erzählt Heide. »Es gibt zwar auch immer wieder Situationen, in denen wir wie die kleinen Jugendlichen behandelt werden, die nichts zu sagen haben. Das ärgert einen schon. Aber da müssen wir uns eben durchsetzen«, erzählt sie weiter. Dafür Zeit hat sie insgesamt zwei Jahre, so lange beträgt die Amtszeit aller Jugend-Vertreter, die in das Gremium gewählt wurden. Aufstellen können sich dafür alle jungen Angestellten bis 25 Jahre, auch diejenigen, die so wie Heide bereits mit der Ausbildung fertig sind. Da immer fünf Vertreter im Gremium anwesend sein müssen und die Sitzungsmorgende sich gelegentlich mit dem Unterricht in der

Berufsschule überschneiden, werden insgesamt zehn JAVis gewählt, fünf davon in stellvertretenden Positionen. Für die zweiwöchentlichen Treffen zwischen sieben und neun Uhr, teilweise länger, müssen die Jugendlichen von der Arbeit freigestellt werden. In der Regel läuft das problemlos. Nur eine in der Runde merkt an, dass ihr Ausbilder über die Fehlzeit meckere.

Während ihrer bislang achtmonatigen Amtsperiode haben die JAVis schon einiges erreicht. Für die letzten Azubis, die ausgelernt haben, konnten sie durchsetzen, dass alle für ein halbes Jahr übernommen werden. Ein beachtlicher Erfolg. Ganz aktuell haben sich die Neuen im Amt einen Feedbackbogen ausgedacht, auf dem Lehrlinge ihre Ausbilder bewerten können. Auf Fragen wie »Waren die Arbeiten, die Du verrichtet hast, ausbildungsrelevant?« und »Wie war der Umgang zwischen Dir und Deinem Kollegen/Ausbilder? können sie – falls nötig – richtig Dampf ablassen. Erstmal anonym. Wenn sich dann Beschwerden über bestimmte Ausbilder häufen oder Schwachstellen bei der täglichen Zusammenarbeit deutlich werden, will sich die JAV einschalten und mit dem Betreffenden sprechen. Kein unproblematisches Stück Papier. »Ich habe das Gefühl, als wenn im Moment etwas Stimmung gegen die Feedbackbogen gemacht wird. Die Auszubildenden haben Angst, dass da etwas Schlechtes über sie drin steht«, erzählt Dunja. Heide hört aufmerksam zu, nickt – und schickt sofort einen Lösungsvorschlag hinterher: Man müsse einfach noch mal eine Runde machen und erzählen, was man mit den Bögen vor habe. Sich abwimmeln lassen, steht nicht zur Diskussion. (Fortsetzung »WirkungsStätten« nächste Seite)



Heide Humburg



sieben Uhr früh – und die JAV tagt bereits

(Fortsetzung »WirkungsStätten«)

Nächster Punkt auf der Tagesordnung ist die Bestellung von Arbeitsmaterial für die Auszubildenden. Jeder in der Runde trägt vor, was die anderen Jugendlichen in den unterschiedlichen Lehrberufen an Büchern und Material von Taschenrechner bis Zirkel benötigen und wie man am besten das Geld dafür zurückerstattet bekommt. Auch eine Aufgabe des JAV. Als Kai eine ganze Reihe an Bedarfsmitteln aufzählt, fängt Sven an zu lachen. »Ja, ja, ich weiß«, kommentiert Heide »es ist ja nur eine Wunschliste. Aber das diese Sachen vom Betrieb bezahlt werden müssten, steht auch im Ausbildungsgesetz. Wenn wir uns dahinter klemmen, könnte das die nächste Sache sein, wofür wir Ärger bekommen«, sagt sie weiter, mit fester Stimme. Dann lacht sie. Das klingt siegessicher.

Info

Hamburg Port Authority

Seit mehr als 150 Jahre betreibt die Freie und Hansestadt Hamburg eine technisch und wirtschaftlich verantwortliche Hafenverwaltung, welche die Landesaufgaben für den Hafen, die Seeschiffahrtsstraßen und die Binnenwasserstraßen wahrnimmt. Diese Aufgaben lagen bis 2005 in den Händen des »Amtes für Strom und Hafenbau«. Dessen Nachfolger ist die »Hamburg Port Authority« (HPA), eine Anstalt öffentlichen Rechts.

Die HPA vermietet landeseigene Hafenflächen, hält Brücken und Straßen instand und sorgt für die Schiffbarkeit auf der Elbe wie auch für die Stromversorgung. Zudem obliegt ihr die Weiterentwicklung des Hafengebietes.

Neben eigenen Einnahmen stehen der HPA öffentliche Investitionsmittel für die allgemeine Infrastruktur zur Verfügung. Im Finanzplan der Stadt sind hierfür zwischen 2005 und 2009 rund 750 Millionen Euro vorgesehen. Bei der Hamburg Port Authority sind aktuell etwa 1650 Menschen beschäftigt; pro Lehrjahr stellt die HPA 24 Plätze für Auszubildende.

Eine JAV gründen?

Wie geht das? Welche rechtlichen Grundlagen sind zu beachten? Wieviele Auszubildende müssen mindestens beteiligt sein?

punktum hat die wichtigsten Materialien zusammengetragen. Sie sind in der online-Ausgabe verfügbar unter:

www.ljr-hh.de/data/punktum/index.php

Und selbstverständlich ist die DGB-Jugend gern mit Rat und Tat zur Stelle.

Kontakt: Tel.: (040) 28 58 – 256

jugend.hamburg@dgb.de

www.dgb-jugend-hamburg.de

3. Hamburger Sport-Jugend-Bildungstage



Die Hamburger Sportjugend veranstaltete am 18./19. Nov. 2006 die dritte Auflage der Sport-Jugend-Bildungstage nach 2004 und 2005. Während bei der ersten Veranstaltung 2004 bereits 51 MitarbeiterInnen der sportlichen Jugendarbeit den Weg in die Jugendbildungsstätte YES nach Rahlstedt fanden, um sich fortzubilden, konnte die Sportjugend im November 2006 genau 100 meist jugendliche VertreterInnen aus Hamburger Sportvereinen begrüßen. Die TeilnehmerInnen verteilten sich auf insgesamt 13 Kurz-Seminare, die im Umfang von 2 – 4 UE angeboten wurden:

- Prävention von sexuellem Mißbrauch
- Neue Spiele für Hamburg
- Baseball – eine Einführung
- Fußball ist kein Nonnenhockey – Gewaltprävention mit Fußballfans
- Ohne Moos nix los – Finanzierung von Jugendarbeit
- Was macht ein Team aus?
- Kreativitätstraining
- Speedstacking
- Traum- u. Phantasiereisen
- Ganztagesförderung in Hamburg – Chance für die Sportvereine?
- Friluftsliv: Bewegung und Naturbezug als Lebensprinzip – auch in Hamburg
- Parkour
- Umgang mit Konflikten: zankst Du noch oder vermittelst Du schon?

Hinzu kam ein »Forum der sportlichen Jugendarbeit«, in dem drei Sportvereine ihren spezifischen Ansatz der Jugendarbeit den Anwesenden dar- und zur Diskussion stellten.

Die 4. Auflage ist für 17./18. November 2007 gepant. VertreterInnen aller Jugendverbände können gerne teilnehmen.

Infos: (040) 419 08-123 oder

info@hamburger-sportjugend.de

Peter Unruh, Hamburger Sportjugend

Erste »Nacht der Jugend« im Hamburger Rathaus



So viele und vor allem so viele junge Besucher hatte das Hamburger Rathaus schon lange nicht mehr. Über 2000 Jugendliche folgten am 9. November 2006 der Einladung der Hamburger Bürgerschaft zur »Nacht der Jugend« ins Rathaus und gedachten mit zahlreichen, ganz unterschiedlichen Aktionen der Pogromnacht gegen die Juden am 9. November 1938. Ideengeber für diese Veranstaltung war die Bürgerschaft in Bremen, die schon seit längerem die Jugendlichen der Stadt alljährlich ins Rathaus lockt – und wie in Bremen war diese neue und frische Art des Gedenkens ein voller Erfolg! Über 350 Akteure beteiligten sich am Programm. Es wurde gerockt und gesungen, Theater gespielt und getanzt. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit Themen wie Ausgrenzung, Diskriminierung und Andersartigkeit blieb zugleich aber nicht auf der Strecke. Von Seiten der Hamburger Jugendverbände beteiligten sich die AGfJ, die Deutsche Beamtenbund-Jugend und die Junge Presse Hamburg. Der LJR bot anlässlich dieser historischen Nacht »Streifzüge durch ein Haus mit Vergangenheit«, sprich politisch-historische Führungen durch die oberen Etagen des Rathauses, an. Auf dem Rundgang durch die Flure und Säle der Bürgerschaft begegneten uns die Geschichten von Mitläufern und Nazitäter, ebenso wie die ihrer politischen Gegner und Opfer. Zudem fragte der LJR an seinem Informationsstand: »Von wann stammt das Zitat – und wer hat das gesagt?« Zitate von damals und heute wurden an die Wand projiziert, die deutlich vor Augen führen, dass wir es bei Themen wie Ausgrenzung, Diskriminierung und Verdrängung der Vergangenheit leider nicht mit Schnee von gestern zu tun haben.

Wer Interesse an dieser Präsentation hat, kann sie unter www.ljr-hh.de runterladen.

Institutionen der Demokratiebildung

Tagung am 30. März 2007

Wenn Demokratie und (Sozial-)Pädagogik heutzutage im Zusammenhang thematisiert werden – sei es über das »European Year of Citizenship through Education«, sei es über das BLK-Modellprogramm »Demokratie lernen und leben«, sei es über empirische Untersuchungen zur Jugendverbandsarbeit oder zur Partizipation in Familie, Schule und Gemeinde –, haben all diese Thematisierungen eines gemeinsam: Als Orte der Demokratiebildung benennen sie entweder ihren eigenen Arbeitsbereich (Schule oder Jugendarbeit) oder sie sind gänzlich institutionenlos angelegt.

Obwohl also Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform den ganzen Menschen betrifft, bleibt die Diskussion beispielsweise in der Didaktik der Politikwissenschaft auf die Schule bezogen, der Diskurs in der Jugendarbeit beschränkt sich auf Jugendliche im außerschulischen Bereich (meist getrennt nach offener und verbandlicher Jugendarbeit), und einige Projekte betrachten die Frage so, als könne man sich bar jeglicher Institution demokratisch bilden.

Auf einer kleinen und intensiven Tagung am Freitag, 30. März 2007 soll es konkret um die Institutionen und die Orte der Demokratiebildung gehen und vor diesem Hintergrund insbesondere das Verhältnis der Institutionen zueinander diskutiert werden.

Als ReferentInnen sind angefragt:

Katrin Fauser (Berlin), Tillmann Grammes (Hamburg), Carsten Müller (Köln), Benedikt Sturzenhecker (Kiel)

Ort:

Universität Hamburg, Fachbereich
Erziehungswissenschaft | Von-Melle-Park 8
Raum 05

Beginn:

voraussichtlich 13:00 Uhr

Veranstalter:

Förderverein Kommunale Sozialforschung e.V.
(<http://www.fks-hh.de>) in Kooperation mit
dem Kommunalpädagogischen Institut
(www.kopi.de) und dem Fachbereich
Erziehungswissenschaft der Universität
Hamburg

Kontakt:

Dipl.-Päd. Wibke Riekmann:
riekmann@erzwiss.uni-hamburg.de
oder Tel.: (040) 42838-6770

Die Nähe zum Anderen

Bußtagsveranstaltung der Evangelischen
Jugend mit 1000 TeilnehmerInnen

»Du bist mir ähnlich – Gott – sei Dank«. Unter diesem Titel versammelten sich am Buß- und Betttag rund 1000 Jugendliche der Evangelischen Jugend Hamburg (EJH) auf den Klosterstern und in der Hauptkirche St. Nikolai. Thema war die Ebenbildlichkeit Gottes: »Gerade in der Weltstadt Hamburg leben Menschen mit unterschiedlichsten Identitäten und Kulturen. Der Bußtag ist eine Gelegenheit, innezuhalten, um unsere Mitmenschen genauer anzuschauen – und festzustellen, dass wir alle Ebenbilder Gottes sind«, so die Veranstalter.

Wolfgang A. Nacken, EJH



TerminTicker

8.1.2007 | 17.30 h

Jugendhilfeausschuss Altona

Rathaus Altona | Kollegiensaal
Platz der Republik 1 | 22758 Hamburg

11.1.2007 | 17 h

Bürgerschaftsausschuss »Familien, Kinder und Jugend«

Alte Post | Raum 103 | Poststraße 11
20345 Hamburg

15.1.2007 | 15 h

Landesjugendhilfeausschuss

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und
Verbraucherschutz | Raum 913
Hamburger Str. 47 | 22083 Hamburg

28.1.2007 | 14 h

Jüdisches Leben in Hamburg

Alternativer Stadtrundgang anlässlich des
Gedenktages für die Opfer des National-
sozialismus mit Marco Kühnert

Treffpunkt: Niedersächsische Provinzialloge
Moorweidenstr. 36

25.3.2007 | 12 Uhr

Swing-Jugend in Hamburg – Eine Subkultur im Nationalsozialismus

Alternative Stadtrundfahrt mit Lars Lust
– in Kooperation mit der Zinnschmelze Barmbek

Treffpunkt: ZOB | Adenauerallee 78

22.4.2007 | 14 h

Abseits – Fußball im Nationalsozialismus

Alternative Stadtrundfahrt mit Jörg Petersen
– in Kooperation mit dem Fanladen FC St. Pauli

Treffpunkt: Vereinsheim am Millerntor Stadion
Auf dem Heiligengeistfeld

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter
Arbeitsablauf und ein gelungenes
Produkt sind für uns Motivation
genug, jeden Tag kompetent und
engagiert Ihre Aufträge umzu-
setzen.



Nehr Offsetdruck Media

Antonie-Möbis-Weg 3 • 22523 Hamburg
Telefon 040 / 57 19 73-0 • Telefax 040 / 571 09 62



Projektstart: Jugendliche führen Jugendliche Ferienseminar für junge Ausstellungsführer

Hast Du Lust, Dich an einem Projekt »Jugendliche führen Jugendliche« zu beteiligen? Wir laden euch ein, im Frühjahr und Sommer Jugendgruppen und Schulklassen durch die Ausstellungen der beiden Gedenk- und Bildungsstätten »Israelitische Töcherschule« und KZ Neuengamme zu führen. Zu Vorbereitung planen wir in den Frühjahrsferien ein eintägiges Treffen in der »Israelitischen Töcherschule« und einen zweitägigen Workshop – mit Übernachtung – in Neuengamme.

Gemeinsam mit anderen überlegst Du Dir Ihr, welche Informationen Dir so wichtig sind, dass Du sie weitererzählen willst – und wie Du sie vermitteln willst. Denn Vorträge sind langweilig und ermüdend. Was fällt Dir ein?! In den Wochen vor den nächsten Sommerferien kannst Du Deine eigenen Ideen bei Führungen ausprobieren.

Besondere Geschichtskenntnisse sind für die Teilnahme keine notwendige Voraussetzung. Du solltest ein gewisses politisches Interesse mitbringen, die Bereitschaft, dich einzumischen und vor allem Lust haben, gemeinsam mit anderen Jugendlichen am Thema zu arbeiten.

Wir, das sind Maren Riepe vom Landesjugendring Hamburg e.V., Dr. Erika Hirsch von der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töcherschule (Hamburger Volkshochschule) sowie Herbert Diercks und Jens Michelsen von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Termine:

Donnerstag, 15. Februar 2007, 17-19 Uhr: Erstes Treffen aller, die am Projekt teilnehmen möchten, in der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töcherschule, Karolinenstr. 35

Montag, 5. März 2007, 10-17 Uhr: Eintägiger Workshop in der »Israelitischen Töcherschule«

Donnerstag, 15. März, 10 Uhr, bis Freitag, 16. März 2007, 16 Uhr: Zweitägiger Workshop in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Kosten: 10,00 € für die gesamte Teilnahme am Projekt

Kontakt: Landesjugendring Hamburg e. V., Tel.: (040) 317 96 114, www.ljr-hh.de, info@ljr-hh.de

Alternative Stadtrundfahrten Termine des ersten Halbjahres

Sonntag, 28. Januar 2007 um 14 Uhr

»Jüdisches Leben in Hamburg«

Alternativer Stadtrundgang anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus mit Marco Kühnert

Treffpunkt: Niedersächsische Provinzialloge, Moorweidenstr. 36

Sonntag, 25. März 2007 um 12 Uhr

»Swing-Jugend in Hamburg – Eine Subkultur im Nationalsozialismus«

Alternativer Stadtrundfahrt mit Lars Lust – in Kooperation mit der Zinnschmelze Barmbek

Treffpunkt: ZOB, Adenauerallee 78

Sonntag, 22. April 2007 um 14 Uhr

»Abseits – Fußball im Nationalsozialismus« Alternativer Stadtrundfahrt

mit Jörg Petersen – in Kooperation mit dem Fanladen St. Pauli,

Treffpunkt: Vereinsheim am Millerntor Stadion,

Auf dem Heiligengeistfeld

Samstag, 12. Mai 2007 um 10 Uhr

»Medizin und Euthanasie – eine unheilige Allianz« Alternativer

Stadtrundfahrt mit Tanja Marquardt – in Kooperation mit dem Institut für Geschichte und Ethik der Medizin

Treffpunkt: ZOB, Adenauerallee 78

Donnerstag, 7. Juni 2007 um 17 Uhr

»Verfolgung und Widerstand von Lehrenden und Studierenden«

Alternativer Uni-Rundgang mit Volker Honold – in Kooperation mit der Antifaschistischen Hochschulgruppe Hamburg

Treffpunkt: Universitätshauptgebäude, Edmund-Siemers-Allee 1

Hol' Dir die Juleica – Ausbildung zum/r Jugendleiter/in

LJR-Kurse am 27. – 29. April und 11. – 13. Mai 2007 und 9. – 11. und 23. – 25. November 2007

Ausbildung zum/r Jugendleiter/in

Als Dachverband Hamburger Jugendverbände bietet der Landesjugendring Hamburg e.V. (LJR) Ausbildungskurse für Jugendleiterinnen und -leiter (JL-Kurse) an. Teilnehmen können alle, die mindestens 16 Jahre alt sind und deren Jugendverbände kein eigenes Ausbildungsangebot haben oder die über bezirkliche Träger angemeldet werden.

Wozu eine Jugendleiterausbildung?

Jugendleiterinnen und -leiter sind ehrenamtlich in der Gruppenarbeit ihres Verbandes tätig. In den JL-Kursen wird wichtiges Grundlagenwissen vermittelt. Außerdem erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Anregungen für die eigene Arbeit.

Die Jugendleitercard (Juleica) bescheinigt den Kursteilnehmern, dass sie an einer zertifizierten Ausbildung erfolgreich teilgenommen haben. Sie ist zudem eine wichtige Legitimation – so z.B. gegenüber Erziehungsberechtigten.

Die Juleica ermöglicht außerdem die kostenlose Medienausleihe in den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, den Erwerb günstiger HVV-Fahrscheine, die Beantragung von Sonderurlaub für Gruppenaktivitäten und vieles mehr. Auch Kultur wird günstiger: mit der kostenlosen »Karten-Karte« des Jugendkulturringes sind ermäßigte Eintrittskarten für Konzerte, Theater und andere Kulturveranstaltungen erhältlich.

Anmeldedflyer: www.ljr-hh.de oder (040) 31 79 61 14